

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe**

11. Sitzung  
14. September 2022

Beginn: 14.05 Uhr  
Schluss: 17.07 Uhr  
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), stellv. Vorsitzender

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Sachstand Corona-Regeln und Hilfen**  
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0021](#)  
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)  
**Sachstand der Energieeinsparungsbemühungen des** WiEnBe  
**Landes Berlin sowie der Auswirkungen der sich**  
**zuspitzenden Energiekrise auf die Berliner**  
**Unternehmen und die landeseigenen Betriebe**  
(auf Antrag aller Fraktionen)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0035](#)  
**Sozial-ökologische Transformation der Berliner** WiEnBe  
**Industrie / Umsetzung des Masterplans**  
**Industriepolitik**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0074](#)  
Drucksache 19/0465 WiEnBe  
**Masterplan Industriestadt Berlin 2022-2026**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0013](#)  
**Produktion in der Stadt – Industrie 4.0 in Berlin** WiEnBe  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Hierzu: Anhörung

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Die Koalition hat jetzt die Möglichkeit zu begründen, und mir ist gesagt worden, Frau Kollegin Bozkurt, dass Sie die Begründung machen. Dann haben Sie das Wort.

**Tuba Bozkurt (GRÜNE):** Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir sprechen heute über Industriepolitik. Industriepolitik spielt in Berlin eine für meine Bedürfnisse nicht genügend große Rolle. In der Industrie arbeiten in Berlin 105 000 Menschen, das heißt, sie ist auch ein unglaublich wichtiger sozialer Faktor für diese Stadt. Wir möchten heute über den Masterplan Industriestadt sprechen, der jetzt zum wiederholten Male aufgelegt wurde.

Uns ist wichtig, dass wir – das haben wir als Koalition so festgehalten – die Klimaziele erreichen. Wir wissen, dass das Großthema Klimaneutralität 2045 auf der Agenda steht. Wir wissen auch, dass sich die Industrie massiv dahin gehend wird transformieren müssen. Das heißt, die Industrie ist gerade herausgefordert, und sehr viele Industriebereiche haben sich schon längst auf den Weg gemacht, schon sehr viele Maßnahmen ergriffen und sind auch Innovationstreiberinnen für diese Stadt, nicht nur im Bereich Klimaneutralität, sondern auch in vielen

anderen Bereichen. Das heißt, die Industrie geht voran, hat einen Vorbildcharakter und ist Innovatorin, und darüber sollten wir heute sprechen, auch darüber, welche Forderungen Sie an uns, die Politik, richten und welche Erwartungen wir an Sie haben. Insofern freue ich mich sehr, dass die Anzuhörenden unserer Einladung gefolgt sind und sich die Zeit nehmen, mit uns darüber zu sprechen. Ich freue mich auf den konstruktiven Austausch und freue mich übrigens auch, Herr Senator, wenn Sie uns ein bisschen über den Masterplan und die Inhalte, die jetzt enthalten sind, berichten können. – Vielen herzlichen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Frau Kollegin, für die Begründung! – Ich würde erst mal die Anzuhörenden vorstellen, Herrn Rüdiger Groß, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats von Siemens Energy Global GmbH & Co. KG und Mitglied im Aufsichtsrat der Siemens Energy AG, Herrn Ulrich Misgeld, erster Vorsitzender UnternehmensNetzwerk Motzener Straße e. V., Herrn Jan Otto, erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin, und Herrn Sven Weickert, Geschäftsführer Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. – UVB. Herzlich willkommen! – Ich gehe davon aus, dass gemäß § 26 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung ein Wortprotokoll erstellt werden soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir das machen.

Dann darf ich Sie bitten, Herr Senator Schwarz, dass Sie die einleitende Stellungnahme zum Thema Masterplan Industriepolitik hier im Ausschuss abgeben, bevor wir in die Anhörung einsteigen. – Bitte, Herr Senator, Sie haben das Wort!

**Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Abgeordnete Bozkurt, für Ihre einleitenden Worte! Es freut mich natürlich sehr, dass wir die Fortschreibung des Masterplans Industriestadt Berlin auch für diese Legislaturperiode am 16. August im Senat beschließen konnten und das heute mit hervorragenden Experten diskutieren können. Es ist in der Tat ein Gemeinschaftswerk des SKIP, des Steuerungskreises Industriepolitik, und des Netzwerks Industriepolitik und wird von den dort vertretenen Partnern gemeinsam getragen und umgesetzt.

Der Masterplan Industrie trägt seit dem Jahr 2010 zu mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz der Industrie bei. Er ist gewissermaßen Vermittler, Lotse, Vernetzer und Plattform zugleich und dabei auf Multiplikatoren wie eben das Netzwerk Industriepolitik, aber auch andere Senatsressorts angewiesen. Seitdem der Masterplan ins Leben gerufen worden ist, zeigt er, dass Industriepolitik eine Querschnittsaufgabe und eine gemeinschaftliche Aufgabe ist. Frau Bozkurt hat darauf hingewiesen, dass wir zu wenig Industrie in Berlin haben. Das ist richtig. Wir kamen mal von 300 000 industriellen Arbeitsplätzen, heute sind es etwas mehr als 100 000, und ich würde mir auch wünschen, dass wir hier in Zukunft weitere Steigerungen verzeichnen können. Ich bin mir sicher, dass wir mit diesem Masterplan auf gutem Wege sind.

Weil wir so auf Vernetzung angewiesen sind und das als gemeinschaftliche Aufgabe des Senats verstehen, freue ich mich, dass fast alle anderen Senatsressorts hier auch gemeinsam an den Start gegangen sind. Das ist eine echte Querschnittsaufgabe. Es ist ein Thema, das die Arbeitsverwaltung, die Wissenschaftsverwaltung betrifft – die Besonderheit des Wissenschaftsstandortes Berlin für den Industriestandort ist uns, glaube ich, allen bewusst. Wir haben nicht so viele Rohstoffe hier, sondern eine Menge kluger Menschen in unserer Stadt, und die tragen natürlich auch zu dem Erfolg unserer Industrie bei.

Wir haben uns für den neuen Masterplan dazu entschieden, neben einer konsentierten Rahmenstrategie, die wir nach zwei Jahren Laufzeit auf den Prüfstand stellen werden, auch einen offenen Projektteil einzubringen. Warum das? – Weil wir glauben, gerade in sehr dynamischen und volatilen Zeiten ist es gut, dass wir auch Raum für schnelle strategische Anpassungen geben können, denn wir merken ja, wie verletzlich auch internationale Wirtschaftsbeziehungen, global eng verflochtene Volkswirtschaften sind. Genau da müssen wir ansetzen. Die Globalisierung muss aktiv neu gestaltet werden, denn nicht erst seit Kriegsbeginn befindet sich die Industrie weltweit in einem für alle sehr sichtbaren Transformationsprozess von gesamtgesellschaftlichem Ausmaß. Das geht weit über den digitalen Wandel hinaus und schließt Entwicklungen wie die Klimakrise, Ressourcenknappheit und auch den demografischen Wandel mit ein.

Davon bleibt auch die Berliner Industrie nicht unberührt. Der Masterplan trägt genau dem Rechnung, indem er drei Transformationslinien als Schwerpunkte setzt, erstens die digitale Transformation der Industrie, zweitens die ökologische Transformation und drittens die Transformation der industriellen Arbeitswelt. Sie sind von hervorgehobener Bedeutung für die Industriestadt Berlin und bieten neben den großen Herausforderungen auch ganz viele Chancen. Dass die Berliner Industrie dazu imstande ist, zeigen übrigens die gestiegenen Innovationsausgaben von 4,6 Milliarden auf über 5 Milliarden, 5,06 Milliarden Euro, und das im Coronajahr 2020 – das ist ein neuer Rekord –, während sich im gleichen Zeitraum bundesweit eine rückläufige Entwicklung zeigt. Das macht deutlich, dass wir hier, gerade was Innovation und innovative Industrie anbelangt, ziemlich weit vorne stehen.

Dabei konzentrieren sich die Berliner Unternehmen, allen voran die Industrie, auf strukturelle Innovationen und treiben die Digitalisierung in ihren Prozessen, Produkten, aber auch in den Geschäftsmodellen voran. Natürlich zieht dies auch neue Berufsbilder und veränderte Arbeits- und Organisationsmodelle nach sich, deshalb wird der Masterplan mit seinen Akteuren hier gut unterstützen. Gerade bei den Fragen der Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen haben wir eine Chance, daraus einen wichtigen Standortvorteil für Berlin auszubauen. Damit dies gelingen kann, müssen selbstverständlich auch Teilhabe und Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als integrale Bestandteile von immer schneller werdenden Veränderungsprozessen unbedingt mitgedacht werden.

Auch werden wir unmittelbar nach dem Start des Masterplans Schwerpunkte im Bereich von Schlüsseltechnologien setzen. Ich will zwei nennen. Ich war vor ein paar Monaten auf der Hannover-Messe und konnte mir das anschauen. Da spielen zwei Themen eine ganz wesentliche Rolle: additive Fertigung und Leichtbau – große Trends in der Industrie. Diese Themen hängen unmittelbar zusammen und sind für die Produktion in der Stadt, aber auch für die gesamte Metropolregion weiter zu qualifizieren. Es gibt fast kein Industrieunternehmen, das sich zurzeit nicht mit additiver Fertigung beschäftigt. Bei fast jedem Unternehmensbesuch im Industriebereich gibt es gute Beispiele, wie man sich mit additiver Fertigung beschäftigt, übrigens nicht nur so wie vor fünf Jahren mit Prototypen, sondern mittlerweile geht das tief in die serielle Fertigung mit rein. Das ist also ein spannendes Thema.

Wir werden mit dem Projekt AMBER ein innovatives Ökosystem für die gesamte Region ausbauen und im Bereich Leichtbau über einen Demonstratorenwettbewerb klimafreundliche und ressourcenschonende Technologien in alltäglichen Anwendungen sichtbar machen. Ich glaube, wir stehen hier in der Fertigung vor einer kleinen Revolution, und da wird Berlin eine

wichtige Rolle spielen. Gerade diese Themen, der Klima- und Ressourcenschutz, sind nicht erst seit diesem Masterplan mit einer vernünftigen und nachhaltigen Industriepolitik verbunden. Wir müssen diese Themen in die Fläche und – ganz wörtlich – in die Industriefläche bringen. Gerade hier gibt es große Effizienzpotenziale, die wir über das Vorhaben grüne Gewerbestandorte weiter heben wollen. – Das vielleicht zur Einführung, und dann würde ich wieder an den Vorsitzenden zurückgeben.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Senator! – Dann steigen wir in die Anhörung ein. Ich darf vorab sagen, dass es gut wäre, wenn Sie Ihre Einführungsstatements auf ungefähr fünf Minuten begrenzen würden, damit wir die Möglichkeit haben, Ihnen dann Fragen zu stellen und zu diskutieren. Bitte nicht zu lange sprechen! Dann würde ich gern anfangen mit Herrn Groß, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats bei Siemens Energy. – Bitte sehr!

**Rüdiger Groß** (Gesamtbetriebsrat Siemens Energy Global): Vielen Dank, auch an die Mitglieder des Ausschusses für die Einladung, dass ich heute hier sprechen kann und mein Anliegen vortragen darf! – Ich komme von einem Standort in Berlin-Spandau. Dort haben wir 1 800 Beschäftigte. Vorhin kursierte hier schon zwei-, dreimal das Wort „Stromausfall“. Unsere Produkte haben in solchen Momenten oder in der Verteilung des Stroms eine wichtige Rolle, denn wir schalten die Spannung um 420 000 Volt bis hin zu 800 000 Volt oder auch etwas geringer mit unseren Produkten so, dass nicht zu viel und auch nicht zu wenig Spannung in den Betrieben, beim Endverbraucher ankommt. Das ist eine wichtige Sache. Wir stehen dort vor einer Transformation, und ich möchte Ihnen gern ein paar Grundlagen mitgeben.

Das eine ist: Wir haben vor fünf Jahren etwas Neues entwickelt. Wenn Sie sich vorstellen, Sie müssten 400 000 Volt schalten, dann entsteht dabei ein Lichtbogen in der Stärke eines Blitzes, und dieser Lichtbogen hat eine Temperatur, da beginnt Metall zu schmelzen. Das wird dann Plasma, gasförmig, und so etwas muss man kühlen, sonst machen wir das nur ein Mal, und dann ist das Thema vorbei. Für diese Technik haben wir bisher SF<sub>6</sub>-Gas benutzt, Schwefelhexafluorid. Ein Kilo freigesetztes Gas bedeutet 23 000 kg CO<sub>2</sub> und das für 3 000 Jahre in der Atmosphäre. Ich glaube, das ist so weit bekannt. Jetzt haben wir etwas an unserem Standort, das mit 10<sup>-7</sup>, also mit Unterdruckvakuum auf 6 cm schaltet und die gleiche Spannung ohne zusätzliche Hilfsmittel diesen Lichtbogen, diese Kraft von 420 000 Volt oder anderen Leistungen dann abschaltet.

Wenn wir jetzt in den Winter kommen und unsere Energiekraftwerke haben – wir wollen nicht hoffen, dass die ausfallen –, dann muss umgeschaltet werden, wenn morgens die Kaffeemaschinen laufen oder abends der Feierabendsnack gemacht wird. Dann sind Bedarfe da, und die müssen gesichert werden. Die Stromstraßenverteilnetze – da kommen die Produkte rein. Warum habe ich jetzt das mit dem SF<sub>6</sub>-Gas noch mal erzählt? – Weil bei uns 413 Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze verlieren sollen, wir reden im Moment noch von Arbeitsplätzen. Wir sind gerade in Verhandlungen mit der Firmenseite, mit der Standortleitung, um das zu verhindern, denn unser Standort macht kein Minus, aber nach Betriebsverfassungsgesetz muss natürlich die Wirtschaftlichkeit vorgezogen werden, weil das der Hebel des Arbeitgebers ist.

Und wir machen kein Minus, sondern nicht genügend Gewinn, den wir an die SE, Siemens Energy AG oder in dem Fall hier Siemens Energy Global GmbH & Co. KG, abführen können. Da hat man sich dann gedacht, dass man bestimmte Produkte nach China und Mexiko verteilt, weil eben dort die Gewinnmargen größer sind. Ein Problem von uns, und das würde ich auch gerne hier äußern, ist, China sehen wir unter den geopolitischen Veränderungen erst mal als Problem. Wir leiden alle unter den Lieferketten, die nicht funktionieren. Wir kriegen nicht mal einfachste Dinge hierher, vom Thema Grundversorgung durch Gas ganz zu schweigen, was dann alles kaputtgeht, aber es sind auch andere Teile. Wir sind der letzte Standort, der diese Hochspannungsleistungsschalter in Europa fertigt. ABB und GE, General Electric, haben schon aufgegeben. Just in dem Moment, wo die Firma sagt, es soll nach Mexiko und China gehen, melden sich die Kunden und sagen: Mensch, in bestimmten Spannungsbereichen könnt Ihr das nicht machen, das brauchen wir noch. – Jetzt gibt es da so ein zartes Umdenken, aber ich habe noch kein Ergebnis, das die 413 Arbeitsplätze und Mitarbeiter betrifft.

Ich möchte dann noch mal auf einen anderen Umstand hinweisen, weil das vielleicht der Grund ist, warum die Firma das macht, und zwar ist die Herausforderung ein Vorschlag – ich muss das jetzt hier vorlesen, für mich als Neuen an der Stelle – für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über fluorierte Treibhausgase zur Änderung der Richtlinie – Klammer auf – EU – Klammer zu – 2019/1937 und zur Aufhebung der Verordnung – Klammer auf – EU – Klammer zu – Nr. 517/2014. Was wird darin geregelt? – Dass ab 2028 das erste Mal fluorierte Stoffe nicht mehr verwendet werden dürfen! Ich habe vorhin das Schwefelhexafluorid angesprochen. Das ist so ein Teil. Wir sind im Moment in Berlin-Spandau ganz weit vorne mit der Entwicklung, dass wir diese Schaltanlagen mit null Emissionen betreiben, während der Wettbewerb noch Reststoffe verwendet. Das ist in dieser Verordnung als Vorschlag, wohlgeemert, im Europäischen Parlament angesprochen, und zwar sollen solche Gifte ab 2028 in einer bestimmten Spannungsklasse nicht mehr verwendet werden. Wir sind bei null, waren noch zu Siemens-AG-Zeiten mutig, jetzt Siemens Energy, Sie wissen von der Abspaltung, und sind ins Wagnis gegangen. Das läuft gut an. Die skandinavischen Länder, Australien – wir liefern weltweit – greifen zu. Der Wunsch hier an das Haus ist, dass wir irgendwie auf die EU Einfluss nehmen und das auf keinen Fall verspätet, also nach 2028, wirksam werden lassen. Ich würde mir für meine Mitarbeiter wünschen, dass wir eher auf 2026 kommen, die Gespräche dazu laufen, und dass man vielleicht in den Gesprächen erkennt, dass, wenn man weniger Gewinn macht, das kein Minus ist, sondern nur weniger Gewinn, aber der Standort an sich positiv abschneidet.

Daraus ergeben sich für mich zwei Dinge Wirtschaftlichkeit und CO<sub>2</sub> betreffend: Eine parallele Wirksamkeit ist dringend umzusetzen, aber das geht nur mit Menschen, mit den 413 Leuten, die wir haben. Die haben Industriearbeitsplätze. Das ist nicht von heute auf morgen schnell zu machen, wir brauchen bestimmte Zeiten, um zu verstehen, was wir am Produkt machen, wofür das Produkt steht und dass man sich damit identifiziert. Diese Mitarbeiter sind lange bei uns und vom Intellekt und von den Möglichkeiten her für das neue Produkt, das in Kürze massiv gebraucht wird, gut gerüstet. Das Umspannwerk Charlottenburg wird gerade mit unseren Schaltern ausgerüstet – nur damit Sie ein Gefühl haben, was dort gemacht wird.

Also kurz zusammenfassend: Ich habe eine Verordnung und wünsche mir, dass die nicht später greift als 2028, eher früher. Ich habe 413 Arbeitsplätze am Standort, die u. a. das Stromnetz von Berlin und jede andere Energiequelle in der Welt sichern. Die möchte ich gerne be-

halten. Sicherlich werden Sie demnächst noch Fragen haben. – Ich danke Ihnen erst mal für die Aufmerksamkeit. Danke schön!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank Herr Groß für Ihre Ausführungen! – Dann Herr Misgeld für das Unternehmensnetzwerk Motzener Straße, bitte sehr!

**Ulrich Misgeld** (Unternehmensnetzwerk Motzener Straße): Herzlichen Dank zunächst mal für die Einladung, dass ich Gelegenheit habe, hier zu sprechen! – Ich spreche hier für das Unternehmensnetzwerk Motzener Straße. Das ist ein Industriegebiet am südlichen Stadtrand. Das Netzwerk wurde 2005 auf Initiative der Firmen gegründet. Im Augenblick sind das 60 Mitglieder mit 2 500 Beschäftigten und einem fünfköpfigen ehrenamtlichen Vorstand. In der Zusammenarbeit der Firmen in diesem Netzwerk organisieren wir die gemeinsame Ausbildung und werben für die Ausbildungsplätze. Es sind in diesem Jahr 130 Ausbildungsplätze in 33 Berufen und 26 Firmen angeboten worden. Die Firmen – wir reden ja heute auch über die sozial-ökologische Transformation – unterhalten Arbeitskreise untereinander, z. B. für die Themen Nachhaltigkeit, Personal, Einkauf. In diesem Arbeitskreis Nachhaltigkeit bereiten wir die Firmen auf die ab Oktober 2023 geltende EU-Corporate-Sustainability-Reporting-Directive vor, die künftig bereits für Unternehmen ab zehn Mitarbeitern eine Nachhaltigkeitsberichtspflicht auslöst.

Wir unterstützen in unserem Netzwerk auch die Berliner Initiativen „Berlin spart Energie“, „Erfolgsfaktor Familie“ und „Charta der Gleichstellung“ und bringen diese Themen in unsere Betriebe. Wie Sie schon an den Durchschnittszahlen sehen, sind das alles eher KMU, die normalerweise keinen Zugang zu solchen Themen haben, weil sie von den Maßnahmen nicht so sehr erreicht werden. Aus dem gleichen Grund organisieren wir übergeordnet Hochschulprojekte, im Augenblick für das Thema Digitalisierung, aber auch zirkuläre Wirtschaft. Wir haben auch schon erfolgreich Mitarbeiterwettbewerbe durchgeführt, um Beiträge zur Energieeinsparung im persönlichen Bereich zu leisten. Einige Firmen haben in dem Zusammenhang auch Energiescouts ausgebildet. Wer unser Industriegebiet noch nicht kennt – neben uns ist ein großer Natur- und Freizeitpark mit einer wundervollen Naturstation, mit der wir eng zusammenarbeiten.

Diese ganze Zusammenarbeit hat dazu geführt, dass wir 2010 in unserem Gebiet eine Kita initiieren und finanzieren konnten. Die gibt es heute noch mit 80 Plätzen. Wir haben 2015 das erste Klimaschutzkonzept für ein Gewerbegebiet erstellt. 2017 haben sich die Mitglieder zu diesem Zukunftsmemorandum zum Thema Nachhaltigkeit bekannt. Seit 2017 machen wir regelmäßig Energieeffizienzwochen in den Firmen. Wir haben 2021 die Bezirksinitiative mit ins Leben gerufen. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat die Charta Grüner Hirsch für nachhaltige Unternehmen im Bezirk. Wir sind natürlich auch dabei. Im Zusammenhang mit dem letzten Masterplan haben wir vorgeschlagen, dass wir ein grünes Kraftwerk initiieren und die Maßnahmen der Unternehmen zur Nutzung und Erzeugung von erneuerbaren Energien auf einer Website visualisieren. Seit Juni dieses Jahres ist die Website [gruenes-kraftwerk.berlin](http://gruenes-kraftwerk.berlin) im Netz. Da kann man jederzeit in Echtzeit sehen, welche Energien dort erzeugt werden. Die beteiligten Firmen decken 43 Prozent ihres Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen. Wir freuen uns, dass dieses Projekt von dem Masterplan mitfinanziert worden ist.

Wir haben große Ideen für künftige Projekte und bereiten die auch schon vor. Wir sehen gute Chancen für eine Halbierung unseres Lkw-Verkehrs. Wir haben im Augenblick mit der Re-

genwasseragentur einen Dialog begonnen, um die Dachentwässerung für den benachbarten Naturpark zu nutzen. Weiterbildungskonzepte sind dabei. Deponiegas ist ein Thema, auch ein ökologisches Bildungszentrum in einem ehemaligen Klärwerksgebäude. Das Gebiet möchte natürlich auch gerne den Mitarbeiter- und Besuchsverkehr reduzieren. Deshalb kämpfen wir seit 17 Jahren für einen Regionalbahnhof Buckower Chaussee, also die Ergänzung einer S-Bahnstation, die schon vorhanden ist. Wir schauen natürlich mit Neid auf die Entscheidung zur Siemensbahn für Siemensstadt. Da hat das ja nicht 17 Jahre, sondern 17 Tage gedauert. Insofern hoffen wir, dass das auch weitergeht.

Aktuell sind viele Investitionen im Gespräch und in Vorbereitung. Das Umweltbundesamt wird groß investieren. Die BVG wird ihren neuen Betriebshof für E-Busse errichten. Es gibt noch viele private Investoren. In dem Zusammenhang ist mir eine Zahl aufgefallen: Die Firmen und Menschen, die dafür arbeiten, haben seit Gründung rund 1 Million in gemeinsame Projekte investiert und viele Tausend Stunden an ehrenamtlicher Arbeit für dieses Netzwerk und dieses Gebiet geleistet. Viel mehr steht hier noch in den Unterlagen, die Sie sich nachher nehmen können. Das war sozusagen schon mal ein Hinweis, wie man die sozial-ökologische Transformation ganz praktisch durchführen kann.

Wir unterstützen natürlich das Thema MPI und haben ein Projekt daraus genommen. Wir glauben, dass die Bedeutung der KMU für diese Stadt immer noch unterschätzt wird. 90 Prozent der Unternehmen in Berlin sind KMU, häufig an traditionellen Standorten. Deshalb ist es eine besondere Anstrengung, diesen KMU die Maßnahmen des MPI nahezubringen. Es darf kein MPI nur für große Unternehmen sein. Sie haben jetzt gehört, was man mit einem Netzwerk an einem Standort machen kann. Deshalb treten wir auch dafür ein, dass Netzwerke an weiteren Standorten entstehen. Aus unserer Sicht wird die Durchsetzung der Ziele des MPI nur erfolgreich gelingen, wenn auch die klassischen Standorte, so wie z. B. die elf Zukunftsorte in dieser Stadt, eine organisatorische Unterstützung erhalten. Vor allem sollte man in der Kommunikation der Stadt nicht davon sprechen, dass es elf Zukunftsorte in dieser Stadt gibt, an denen die Zukunft heute gedacht und die Innovationskraft Berlins deutlich wird. Das ist erstens falsch und zweitens herabsetzend. Ich erlebe die Industrie in unserem Gebiet, aber auch in vielen anderen Teilen der Stadt als technologieorientiert, wettbewerbsstark und international orientiert. Und ich glaube, dass wir dort schon genug Beispiele gesehen haben. Die Stadt sollte sich auch zu diesen Standorten bekennen. Nach dem Stadtentwicklungsplan Wirtschaft gibt es 40 Gebiete des produktionsgeprägten Bereiches. Darin sind vier Zukunftsorte enthalten. Die restlichen 36 Standorte werden in der Öffentlichkeitsarbeit verschwiegen und auch nicht vergleichbar gefördert. Ich glaube, es macht Sinn, dass sich die Politik zu allen Standorten bekennt. Wir sind auch der Meinung, dass die Zahl der Industriebeschäftigten in den letzten Jahren gehalten und ausgebaut werden konnte. Das dürfte im Wesentlichen der Risikostreuung durch die vielen KMU zu verdanken sein.

Die Sichtbarkeit und die Stärke der KMU würde deutlicher werden, wenn es in Berlin nicht nur einen Start-up-Report gäbe, den Sie sicherlich alle gelesen haben, sondern künftig auch einen KMU-Report, der die KMU und die Standorte ins richtige Licht rückt. Ein gutes Standortimage erhöht auch die Attraktivität der Arbeitsplätze. Wir haben erlebt, dass die familiengeführten KMU in Generationen denken. Sie sind standorttreu, lösen die mit den großen Herausforderungen verbundenen Belastungen, also Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Mobilität, und die damit verbundenen Marktveränderungen selbst und rufen eben nicht nach der Politik. Sie halten die Beschäftigung hoch und nehmen eher Ertragseinbußen hin, als ihre Fachkräfte

abzubauen. Wir haben ja gerade ein Beispiel gehört, das in anderen Bereichen besteht. Die Zusammenarbeit von Start-ups und KMU halten wir für sehr wichtig. Ich glaube, es wäre gut, darüber nachzudenken, ob man in diesen Industriegebieten auch Zentren für industrielle Gründungen errichten könnte, um die Zusammenarbeit vor Ort zu intensivieren.

Zum Schluss drei Punkte: Für die Zielerreichung des MPI braucht es die KMU. Die KMU und ihre Netzwerke brauchen die gleiche Begleitung wie die Zukunftsorte. Und der MPI muss aktiv und verantwortlich durch SenWiEnBe gemanagt werden. – Schönen Dank, für Ihre Aufmerksamkeit!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank für Ihre Darstellung! – Dann Herr Otto als Vertreter der IG Metall, bitte sehr!

**Jan Otto (IG Metall):** Vor dem Arbeitgeber, kennt man ja überhaupt nicht!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Es geht hier nach der alphabetischen Reihenfolge, um das Geheimnis gleich zu lüften, Herr Otto! Deshalb sind Sie jetzt dran.

**Jan Otto (IG Metall):** Alles gut! Vielen Dank für die Einladung! Ich bin auch gerne hergekommen und habe ein paar Punkte zum MPI, aber auch zur allgemeinen Lage. Ich kann mich vielem in der Frage Sichtbarkeit dieser Stadt im Rahmen der Industrie anschließen. Da ist in den letzten Jahren viel passiert. Wir haben da auch von Herrn Wowereit über Herrn Müller bis zu Frau Giffey zum Glück einen anderen Fokus bekommen, aber wenn Sie z. B. München oder Hamburg nehmen und die Zahlen nebeneinander legen, dann stellen Sie fest, dass wir 32 Jahre nach der deutschen Einheit immer noch erheblich zurückliegen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass der MPI zum Teil nicht sichtbar genug ist. Ich komme gerade von Mercedes-Benz aus Marienfelde und habe mir den Spaß gemacht und den Kolleginnen und Kollegen – 2 500 arbeiten da – mal ein bisschen über den MPI erzählt, und ich kann Ihnen sagen, außer dem Geschäftsführer Herrn Dobrawa und mir kannte den natürlich erst mal niemand, weswegen das ein Verbesserungsvorschlag wäre. Der muss bekannt werden. Deswegen muss er auch im Parlament zumindest diskutiert werden. Der Kreis und die Arbeitsstäbe, in denen wir über den MPI sprechen, funktionieren gut; die sind breit aufgestellt und haben mittlerweile viel Übung darin, sich vorzubereiten, auch für den SKIP. Die Kritik wäre hier, aber das weißt du, Stephan, dass der SKIP ein Jahr gebraucht hat, um wieder zu tagen. Das ist zu lange. Das geht überhaupt gar nicht. Wir haben ja vereinbart, dass wir einen Transformationsbeirat daraus machen, und der muss regelmäßig tagen. Es gibt an der Stelle keine Zeit zu verlieren, um hier nach vorne zu kommen.

Jetzt ist die Aufgabe der IG Metall Berlin, der IG Metall in Gänze, übrigens die größte Einzelgewerkschaft der Welt, manchmal ein bisschen unangenehm. Wir haben zwei Dinge, wo wir immer in Präsenz auftreten. Das ist einmal die Abwehr von Schließungen, und ein etwas schöneres Beispiel ist, wenn wir für Tarifverträge oder Betriebsräte kämpfen dürfen. Jetzt ist es so, dass wir in den letzten Jahren in Berlin mehrere Abwehrkämpfe führen mussten. Mercedes-Benz ist im Ergebnis ein gutes Beispiel. Hier hat die sozial-ökologische Transformation gegriffen. Es wird so sein, das wissen einige von Ihnen sicherlich, dass wir da in Zukunft nicht nur den E-Motor produzieren werden, sondern auch Softwareentwicklungen usw. vorantreiben. Hier hat also die Qualifizierung der Beschäftigten einen wichtigen Stellenwert eingenommen. Eine Erfahrung, die wir machen durften, ist die, dass die Beschäftigten viel affiner

für Qualifizierungen sind, als wir dachten. Wir haben allein in diesem Werk über 300 Beschäftigte, die sich von klassischen Beschäftigungsarten wie Drehern usw. zu Softwareentwicklern umschulen lassen.

Wichtig ist auch unsere Rolle in der Frage Mitnehmen der Beschäftigten. Das ist sozusagen auch keine Kritik an den Unternehmen, aber natürlich gucken die erst mal zu uns und den Betriebsräten: Ist das, was da passiert, nachhaltig, und macht das auch Sinn für uns? – Wir tun uns natürlich schwer damit, wenn wir Betriebe in Berlin wie Siemens haben, da teile ich ein bisschen Ihre Sichtweise, die einerseits mit ganz innovativen Produkten am Standort aufwarten können, aber in der Frage Skalierbarkeit und Beschäftigung doch Wünsche offenlassen. Ich kann mit Blick auf die Stapelkrisen der letzten Jahre nur deutlich sagen: Wer immer noch glaubt, dass man Lieferketten verlängern und Wertschöpfungen weiter rausgeben sollte, der hat es nicht verstanden. Berlin muss es gelingen, auch in der Energieversorgung unabhängig zu werden. Es gibt erste Ideen, das will ich auch deutlich sagen, BMW und Mercedes sind dafür sehr offen. Vielleicht schaffen wir es sogar, das erste Windrad an die Standorte zu bringen. Aber ich meine es ganz ernst, es geht darum, sich unabhängig zu machen. Wir haben Kurzarbeit wegen Kleinstteilen, die nicht lieferbar waren, einführen müssen. Hier braucht es wirklich einen expliziten Blick auf die Berliner Industrie.

Qualifizierung und Fachkräftemangel habe ich angesprochen. Das ist ja ein großes Thema auch im MPI. Ich kann nur deutlich sagen, Berlin hat den Vorteil, dass wir Leute bekommen, die keine andere Stadt der Welt bekommt, weil wir Berlin sind, und gleichzeitig erleben wir eine enorme Vermengung untereinander, Beschäftigte, die sich sagen: Es ist mir eigentlich egal, ich habe morgen im Zweifel sowieso einen neuen Job. – Das ist eine schwierige Herausforderung für uns, weil wir Fachkräfte, so wie Rüdiger das gerade angesprochen hat, durchaus brauchen, die auch in einzelnen Segmenten sehr qualifiziert sind. Das ist natürlich aus Sicht der IG Metall bei der Frage Verteilungsgerechtigkeit durchaus eine Chance.

Den MPI bekannter zu machen – ich glaube, da geht es auch um die Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmensverband, den einzelnen Betrieben und uns, einfach zu sagen: Wir haben da etwas, wir holen es nicht alle vier oder fünf Jahre einmal heraus, sondern es existiert etwas. – Ich glaube, ich darf dich zitieren, du hast ja so schön gesagt, der Masterplan darf nicht den Eindruck erwecken, dass da schon alles drin steht, was richtig ist. Das stimmt, da stehen vor allem Handlungsempfehlungen und Handlungsfelder drin. Was es auch braucht, das wäre sozusagen – – Sie haben mich ja eingeladen, aber auch ich habe eine Anforderung an Sie, die IG Metall ruft nie nach der Politik, das haben wir nicht nötig, aber ich würde Sie schon auffordern, mit den Unternehmen, mit den Konzernen in den Dialog zu treten, denn es ist richtig, dass wir die KMU brauchen, aber es ist auch richtig, dass wir die Konzerne brauchen, die verstehen, dass Dinge, die in Berlin gemacht werden, sichtbar sind, dass die auch Innovationen sind, die man vielleicht woanders kopiert, aber wir brauchen sie hier in dieser Stadt. Die Metropolregion ist wichtig, aber wir brauchen es vor allem in Berlin, und da haben wir eine Flächendiskussion, die wir natürlich führen müssen und werden. – Ich hoffe, ich habe die fünf Minuten nicht allzu sehr überzogen, und stehe für Fragen zur Verfügung. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Otto! – Dann zum Abschluss Herr Weickert für den UVB, bitte sehr!

**Sven Weickert (UVB):** Vielen Dank für die Einladung! – Gestatten Sie eine kurze Vorbemerkung: Die Agenda der heutigen Sitzung ist schon sehr richtig gesetzt, denn die dramatische Preisexplosion im Energiebereich stellt viele Unternehmen vor existenzielle Probleme. Aus unserer Sicht geht es darum, dass man das Stromangebot jetzt kurzfristig massiv ausweitet, um die dramatische Preisspirale zu durchbrechen. Wenn wir dieses akute Problem jetzt nicht mit aller Kraft lösen, dann stehen wir in Kürze vor ganz anderen Herausforderungen, als uns über den MPI zu unterhalten. Wir würden auch den Masterplan überfordern, wenn wir von ihm Antworten auf die aktuelle Entwicklung erwarten. Ich sehe aber, dass wir ihn in Sachen Krisenresilienz nachschärfen müssen. Ich sage das ganz selbstkritisch, weil wir auch im Rahmen des Netzwerks Industriepolitik am Masterplan mitgearbeitet haben.

Noch zwei Anmerkungen zum heutigen Titel: Transformation ist keine politische Erfindung der Neuzeit. Die Unternehmen sind permanent im Wandel. Sie müssen sich laufend anpassen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Insofern muss man der Wirtschaft keine Transformation beibringen. Wandel gehört zur DNA der Unternehmen. Auch der Begriff sozial-ökologische Transformation blendet aus, dass Nachhaltigkeit noch eine dritte Dimension hat, nämlich die ökonomische Dimension. Wir brauchen, das steht außer Frage, künftig eine klimaneutrale Industrie. In der digitalisierten Arbeitswelt muss Industrie auch soziale Standards setzen. Aber das alles muss eine ökonomische Basis haben. Deshalb muss dieser Dreiklang künftig in allen politischen Strategien berücksichtigt werden. Auch in Überschriften sollte diese Dreiteiligkeit deutlich werden.

Der Masterplan ist ein wichtiger Baustein, um diesen Transformationsprozess zu unterstützen, allerdings sehen wir, dass der Masterplan nur einer von zwölf Strategien und Masterplänen ist, die wir hier in Berlin haben, zum Teil überschneidend, zum Teil auch mit divergierenden Zielen. Es muss also ein Gesamtkonzept geben, Dinge müssen nebeneinander gelegt werden, das Gesamtkonzept muss entstehen, Zielkonflikte müssen beseitigt werden. Wichtig ist für uns als berlin-brandenburgische Organisation, dass der Masterplan auch mit der Industriestrategie in Brandenburg, die gerade entwickelt wird, verknüpft wird.

Es ist richtig, dass der Masterplan nicht versucht, bestehende Strukturen zu konservieren, sondern Industrie der Zukunft vorauszudenken. Berlin muss ein Ort werden, an dem digitale Produktion nicht nur erdacht, sondern auch umgesetzt wird. Alle großen deutschen Industrieunternehmen haben hier Digital Units in der Stadt. Den nächsten Evolutionsschritt markiert jetzt die Digital Factory von Mercedes. Das ist gerade angesprochen worden. Der Schlüssel dazu, zumindest technologisch gesehen, sind digitale Produktionstechnologien, additive Fertigung, das ist angesprochen worden, Künstliche Intelligenz, maschinelles Lernen und industrielles IoT. Hier haben wir beste Voraussetzungen. Im Marienpark gibt es den größten deutschen 3-D-Druckcampus. Das AMBER-Projekt hatte der Senator gerade angesprochen. Berlin hat 75 IoT-Unternehmen. Damit sind wir in dem Zusammenhang bundesweit Spitzenreiter. Stuttgart hat sechs. Auch bei KI ist die Hauptstadtregion vorne. Fast ein Drittel aller deutschen KI-Unternehmen sitzen hier.

Das ist aber nur der technologische Aspekt. Die andere Frage besteht darin, dass Industriepolitik im Allgemeinen und der Masterplan im Speziellen nicht darin bestehen kann, dass die Politik neue Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle initiiert. Das ist originäres Geschäft der Unternehmen. Industriepolitik muss vielmehr die Rahmenbedingungen für die Transformation setzen, und das ressortübergreifend. Das Thema Fachkräfte ist angesprochen worden,

digitale Infrastruktur und eben auch eine sichere Energieversorgung. Da haben wir, ich denke, das werden wir in der Diskussion noch mal vertiefen können, etliches Potenzial in den einzelnen Ressorts. Beim Thema Digitalisierung hilft es der Wirtschaft mehr, wenn sich der Senat nun zügig mit seinen eigenen Verwaltungsdienstleistungen digitalisiert.

Das Thema Steuerungskreis ist angesprochen worden. Das ist eine sehr gute Plattform, um ressortübergreifende Abstimmung solcher Prozesse zu beschleunigen. Der Auftakt in der neuen Konstellation in der vergangenen Woche war dazu sehr ermutigend.

Abschließend: Der Masterplan ist gut, muss in Sachen Krisenresilienz nachgeschärft werden. Überschneidungen und Zielkonflikte mit anderen Strategien müssen beseitigt werden. Der Masterplan muss mit der Industriestrategie Brandenburgs verknüpft werden. Industriepolitik ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe. Wir haben aber, und das ist der versöhnliche Abschluss, als Berlin gemeinsam mit Brandenburg beste Voraussetzungen, um ein wettbewerbsfähiger Industriestandort zu bleiben. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank auch an Sie, Herr Weickert, für Ihre Ausführungen! – Wir gehen dann in die Runde der Kollegen und fangen mit dem Kollegen Valgolio für Die Linke an. – Bitte sehr!

**Damiano Valgolio (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Einschätzung des Masterplans, auch für Ihre erste Kritik und für die ersten Eindrücke aus der Praxis! Bevor ich nachfrage, möchte ich zumindest festhalten, dass es durchaus Lob für den Masterplan gab, also an die Adresse von Ihnen, Herr Senator, erst mal unterstützende Worte. Denen möchte ich mich anschließen und, bevor ich zu den Fragen komme, noch zwei Aspekte unterstreichen, die, glaube ich, den Wert dieses Masterplans ausmachen. Einmal zeigt der Masterplan Industrie, dass in Berlin erkannt worden ist, dass wir hier Industrie halten und weiter aufbauen müssen. Das war nicht immer so. Kollege Otto hat das gesagt. Er ist ein bisschen in die Vergangenheit gegangen. Ich kann mich auch noch an Zeiten erinnern, wo gesagt wurde: Industrie ist eigentlich nichts für Berlin. Das war in den Neunzigern oder noch weiter zurück, altes Jahrhundert. Das bringt doch nichts. Wir machen hier viel hippere und neuere Sachen. – Das ist zum Glück nicht mehr unsere Linie und nicht der Geist des Masterplans. Wir brauchen in Berlin Industrie. Wir brauchen noch mehr Industrie. Wir müssen zusätzliche Wertschöpfung in Berlin generieren und die Zahl der Industriearbeitsplätze ausbauen und steigern. Nur wenn wir industrielle Fertigung haben, haben wir auch auf Dauer gut bezahlte Arbeitsplätze. Wir können uns nicht alle gegenseitig die Haare schneiden, hat mal jemand gesagt. Wir brauchen hier mehr Industrie. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt des Masterplans. Das kann man gar nicht oft genug sagen.

Das Zweite ist: Der Masterplan sieht die Transformation und die Veränderung, die wir haben, nicht als Gefahr. Das war mal eine Zeit lang so eine Sicht, auch in den Gewerkschaften verbreitet, dass man das irgendwie abwehren und begrenzen könnte. Das ist Quatsch, und das ist auch nicht mehr der Geist des Masterplans. Diese Transformation, die kommt, ist keine Gefahr für unsere Industriearbeitsplätze, sondern eine Chance. Wenn wir das richtig aufziehen und es schaffen, in Berlin neue Ideen zu entwickeln, diese Ideen dann nicht nur auf dem Papier zu haben, sondern auch in die Fertigung zu geben und diese neuen Geschäftsmodelle, neuen Produkte, neuen Ansätze wie Elektromobilität in Berlin zu produzieren, haben wir alle Chancen der Welt, um Gewinner dieser Veränderungsprozesse zu sein, denn wir haben hier

die Hochschulen, das Know-how und massenhaft junge Menschen mit neuen Ideen, die eigentlich nur darauf warten, hier Arbeitsplätze angeboten zu bekommen, damit sie nicht mehr nach München oder sonst wohin gehen müssen. Also eigentlich sehr gute Voraussetzungen!

Jetzt komme ich zu den Anzuhörenden: Da fasst man sich eigentlich an den Kopf, wenn man hört, was Siemens Energy macht, nämlich ein innovatives Produkt, wenn ich es richtig verstanden habe, das hier anproduziert wird und hier entwickelt worden ist und das wir auch dringend für die sozial-ökologische Transformation brauchen, an einen anderen Standort in einem ganz anderen Kontinent zu geben und damit die Lieferketten zu verlängern und die Arbeitsplätze hier abzubauen. Das liegt, Herr Groß, wenn ich Sie richtig verstanden habe, u. a. daran, dass wir hier in Berlin noch nicht so weit sind, weil u. a. die EU-Verordnung noch nicht in Kraft ist, sodass wir noch nicht die Voraussetzungen haben, um diese neuen Schalter hier in Berlin schon betriebswirtschaftlich sinnvoll zu produzieren. Dann ist doch jetzt die Frage, einmal: Wie können wir Sie bei Siemens Energy von der politischen Seite unterstützen und vielleicht etwas dazu beitragen, dass diese 400 Arbeitsplätze in Berlin erhalten bleiben?

Zweitens, das ist die Frage an den Masterplan Industrie und an den Projektteil: Wie kann man Instrumente schaffen, um die Fachkräfte in solchen Situationen vorübergehend zu sichern? Denn diese 400 Kollegen werden auch bei Siemens Energy wieder benötigt, nur vielleicht nicht jetzt, sondern erst in zwei, drei Jahren. Welche beschäftigungspolitischen Instrumente können wir hier in Berlin entwickeln, um dafür zu sorgen, dass diese 400 Leute nicht auf die Straße gesetzt, sondern – in Anführungszeichen – so lange geparkt werden, dass sie 2024, 2025, 2026 in die Produktion zurückkehren können? Und wie kann man sie in dieser Zeit möglicherweise sogar noch zusätzlich qualifizieren? – Das ist, glaube ich, die große Frage. Herr Groß, vielleicht haben Sie da Vorschläge und Wünsche. Denn ich glaube, wir sind als Ausschuss schon in der Pflicht, das zu tun, was wir tun können, um diese Arbeitsplätze bei Siemens Energy in Berlin zu halten.

Dritte Frage an Sie, Herr Misgeld: Da habe ich mich gefreut, dass jemand von der Motzener Straße hier ist. Die kenne ich gut. Da gibt es auch viele Metallbetriebe. Ich habe z. B. lange die Betriebsräte der Selux AG und auch von Alfred Rexroth vertreten, meine Kanzlei macht das immer noch, deswegen kenne ich das kleine, feine Industriegebiet ein bisschen und weiß, das haben Sie auch dargestellt, dass das vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind, die bei Ihnen ansässig sind. Von denen höre ich schon häufiger, wenn man auf den Masterplan Industriepolitik zu sprechen kommt, dass sie nicht so genau wissen, was das ist. Das hat auch der Kollege Otto dargestellt, dass selbst in einem Großbetrieb wie Daimler viele noch nicht so richtig wissen, was man damit anfangen soll, was das eigentlich ist und was man davon hat. Deswegen ist meine Frage an Sie: Wie können wir diesen Projektteil, der jetzt neu im Masterplan Industriepolitik steht, was Fachkräftegewinnung, Fachkräftesicherung, Qualifizierung der Fachkräfte angeht – – Da steht schon eine Menge drin. Aber wenn das Problem ist, dass das teilweise, gerade bei den kleineren Unternehmen, noch gar nicht so bekannt ist, wie kriegen wir das zusammen? Das ist meine Frage. Also wie können wir dafür sorgen, dass das auch bei Ihren Mitgliedern, bei Ihren Mitgliedsunternehmen zum Thema wird und dass die auch diese Möglichkeiten, die da enthalten sind, stärker in Anspruch nehmen können? Das wäre, glaube ich, sehr wichtig, um den Masterplan ins Laufen zu kriegen. – Danke!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann haben wir für die FDP den Kollegen Wolf. – Bitte!

**Christian Wolf** (FDP): Vielen Dank, auch an die Anzuhörenden, dass Sie heute hier sind und es doch einige überraschende Statements aus berufenem Munde gab! – Auch wir haben einige Punkte zum Thema Masterplan Industrie, denn ich finde ihn ein Stück weit ambitionslos, das hatte ich auch schon der Presse gesagt, denn gefühlt werden nur die Interessen der Bestandsunternehmen in den Fokus genommen. Ich erwarte eigentlich von einem Masterplan Industrie auch eine proaktive Ansiedlungsstrategie. Wir haben es von Herrn Otto gehört, dass Unternehmen darüber nachdenken, Teileproduzenten wieder nach Berlin zu holen, und genauso könnte man Wertschöpfungsketten analysieren und gucken: Wo sind denn Lücken? Wo sind die Bedarfe der Bestandsunternehmen? Wo gehe ich in eine proaktive Ansiedlungsstrategie und hole mir gezielt Zuliefererindustrie an den Standort Berlin?

Das impliziert, und das fand ich interessant von Herrn Valgolio, als er sagte, wir wollen mehr Arbeitsplätze und mehr Unternehmen haben, dass wir auch mehr Flächen haben. Es kann nicht sein, dass wir nur darüber sprechen, bestehende Flächen zu entwickeln und sie ökologisch-sozial zu transformieren, das heißt, ganz explizit eine Flächenpolitik zu betreiben, wo wir Neuflächen, neue Industrieflächen ausweisen und dort entsprechend eine Ansiedlungspolitik betreiben können, die genau das beinhaltet, diese Wertschöpfungsstufen nach Berlin wieder reinzuholen. Ich habe es anders erlebt in meinem Berufsleben in den letzten fünf Jahren – dass wir eine Flächenpolitik im Land Berlin haben, die dazu geführt hat, dass wir massive Abwanderungen nach Brandenburg oder sonst wohin hatten, weil am Standort nicht mehr gewachsen werden konnte oder große Industrieansiedlungen gar nicht möglich waren in Berlin, Stichwort: Tesla oder auch Neuansiedlungen im Gewerbegebiet Ludwigsfelde, die dann dorthin ausgewichen sind.

Des Weiteren sprechen wir über digitale Transformation, und digitale Transformation – wir Deutschen sind sehr technikverliebt mit unseren Ingenieuren – heißt auch, dass wir digitale Geschäftsmodelle entwickeln. Geschäftsmodellinnovation als Begriff habe ich im Masterplan Industrie vermisst, denn das gehört genauso dazu. Wenn Klöckner Stahl hier seine Digital Unit in Berlin ansiedelt, dann haben Sie eine Geschäftsmodellinnovation, wenn Sie dort eine Plattform schaffen, um mit Industriestahl zu handeln. Das vermisse ich, und deswegen fand ich es sehr gut von Herrn Misgeld zu sagen: Auch an den Standorten müssen die industrienahe Start-ups mit den KMU vernetzt werden, und dazu muss man auch Gründerzentren schaffen. Ich habe vermisst, dass in Lichtenberg oder in Spandau ein Gewerbezentrum, ein landeseigner Gewerbehof, für Produktionsunternehmen gegründet werden soll. Das ist auch eine Maßnahme oder ein Projekt, das Bestandteil des Masterplans Industrie sein sollte. Auch die Kritik der Zukunftsorte teile ich. Ich komme aus Lichtenberg, einer von zwei Bezirken in Berlin, die keinen Zukunftsort haben. Darüber könnte man auch mal nachdenken. Mit dem Gewerbegebiet Herzbergstraße haben wir durchaus einen attraktiven Standort, der auch ein Zukunftsort sein könnte. Da würde ich mir wünschen, dass das stärker sichtbar ist, dass Industrie nicht nur dort in den Zukunftsorten stattfindet und dass das auch hervorgehoben wird und diese Unternehmen ebenso sichtbar sind.

Die Kritik von Herrn Weickert teile ich ausdrücklich – die Nichtzusammenarbeit mit Brandenburg. Wir haben in der Abbildung 2 im Masterplan Industrie die industriepolitischen Strategien des Landes Brandenburg. Da hat man nicht einmal einen gegenseitigen Pfeil hingepackt, um mit dem Masterplan Industriestadt zusammenzuarbeiten. Das zeigt, dass das hier gar kein Thema ist. Wir haben eine Wasserstoffstrategie in Brandenburg, die es in Berlin noch nicht gibt. Auf Bundesebene ist sie als übergreifende thematische, industriepolitisch relevante

Strategie angezeigt, aber in Zusammenarbeit mit Brandenburg noch nicht. Da haben wir definitiv noch Handlungsbedarfe. Ich begrüße es ausdrücklich, dass dieser Masterplan Industrie ein dynamisches Produkt ist und entsprechend weitergeschrieben wird und dort neue Maßnahmen aufgenommen werden. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Danke, Herr Kollege! – Dann die Kollegin Bozkurt für Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte sehr!

**Tuba Bozkurt (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich auch ausdrücklich für die Einblicke, die wir bekommen haben, und auch die kritischen Worte bedanken. Das war genau das, was ich wollte oder was ich mir gewünscht und erhofft hatte. – Ich möchte auch noch ganz kurz eine Vorbemerkung machen. Der Kollege Wolf hat mir den Ball schon zugespült mit den Geschäftsmodellinnovationen. Wir haben über die additive Produktion gesprochen. Wir haben über die Digitalisierung der Industrie gesprochen. Wir sprechen darüber, dass Handelsplattformen entstehen von KMU und Unternehmen, die sonst Stahl herstellen oder Sonstiges. Ich selbst habe an der Entstehung einer solchen Handelsplattform mitgewirkt. Daher sehe ich die Notwendigkeit. Das meinte ich eingangs, als ich sagte, die Industrie ist Innovationstreiberin, und sie geht vorneweg mit und ist teilweise weiter, als Parteien oder die Politik es sind.

Auf die Kritik an dem Sozial-ökologischen, dass das Ökonomische nicht vorkäme, möchte ich eingehen. Das sind Bereiche, die energieintensiv sind. Wenn wir im Bereich Digitalisierung, digitale Geschäftsmodellentwicklung usw. ausbauen, entwickeln und vorangehen, selbst wenn wir über Cloud-Technologien sprechen, werden irgendwo Server stehen müssen. Gut wäre es, wenn wir sie hier hätten und wir die Abwärme übrigens nutzen könnten. Selbst wenn die Server nicht hier stehen, haben wir es mit energieintensiven Bereichen zu tun. Das heißt, die Klimaneutralität und auch der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine *Conditio sine qua non*, die erfüllt werden muss, damit es hier weitergehen kann. Das ist das dringende Gebot der Stunde. Das ist auch der Punkt, den wir als Grüne im Masterplan Industriestadt vermisst haben. Er kommt vor, aber als einer der Nebenschauplätze. Die Klimaneutralität der Stadt ist für 2045 festgeschrieben. Es ist für Sie nicht mal mehr eine Frage, ob das wirtschaftlich ist oder nicht oder eine Frage der ökonomischen Transformation. Sie sind verpflichtet, genauso wie wir alle, diesen Weg einzuschlagen. Wir strecken Ihnen gerade die Hand aus und sagen: Lassen Sie uns den Weg gemeinsam gehen, denn wir müssen ihn gehen! – Da ist die Frage: Wie können wir das so ökonomisch gestalten, dass Sie ihn gehen können? Das ist die Frage, da sind wir bei Ihnen.

Der Masterplan ist insofern nützlich, als dass er die Handlungsfähigkeit des Staates, der Regierung oder des Senats in diesem Fall festhält und klare Rahmen setzt. Das ist wichtig. Was auch wichtig ist, und einige von Ihnen haben schon darüber gesprochen, ist, dass wir Transformationsbündnisse schmieden, und das meinte ich gerade: Wir strecken die Hand aus. Es ist nicht nur die Hand der Politik oder der Verwaltung, der Regierung oder wie auch immer, es ist auch die Hand, die ausgestreckt werden muss zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Wir haben das Beispiel mit Siemens Energy gerade eindrücklich beschrieben bekommen. Es braucht diese Hand, die ausgestreckt werden muss, es braucht diese Bündnisse, damit wir, nur weil wir klimaneutral oder klimaefizient sein oder produzieren möchten, nicht entscheiden, diese Produktionszweige, die nicht mehr effizient oder tatsächlich giftig sind, in diesem Falle die SF<sub>6</sub>-Gase, ins Ausland zu verlagern. Damit lösen wir das Klimaproblem

nicht. Die Giftigkeit besteht auch in Mexiko, in Indien, in Asien, überall sonst. Damit malen wir uns nur grün an. – [Zuruf von Christian Gräff (CDU)] – Ich würde einfach weiterreden. Sie können sich später melden und sich dann konstruktiv einbringen, wie man das sonst auch zu tun pflegt. – Das heißt, wir müssen in der Lage sein, dass wir in Transformationsbündnissen konstruktiv vorangehen.

Wir sprechen über den Standort Berlin. Ich bin 100 Prozent dafür, dass wir die Industrie nach Berlin zurückholen und auch mit Brandenburg gemeinsam denken. Wir können aber nicht sagen: Made in Berlin, super, wir malen uns das schön auf die Brust und gehen damit durch die Gegend, sondern: Made in Berlin steht in Berlin, bleibt in Berlin. Dafür müssen wir Maßnahmen ergreifen, und das fehlt mir noch.

Ein sehr wichtiger Punkt ist: Wir haben hier tatsächlich einen Kollegen, der sonst Wissenschaft macht. Wir brauchen ein Scharnier zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, und das ist die Innovation. Da sind Sie längst dabei. Alles was aus Ihren Innovationen entsteht, kann in die Wissenschaft fließen und vice versa, und das machen wir noch nicht ausreichend. Auch dahin gehend sollten wir meiner Meinung nach noch mehr Bündnisse schmieden.

Ich habe einige Fragen für die Herren notiert, die uns an ihrer Expertise haben teilhaben lassen, dankenswerterweise. Ich würde sie durchgehen, um Sie besser zu verstehen. Einige von Ihnen kenne ich oder werde ich noch kennenlernen oder besuche ich demnächst. Ich würde auch gerne mit Herrn Weickert beginnen. Sie sprachen davon bzw. es gibt das Berliner Energiebündnis „Wirtschaft spart Energie“, das sich freiwillig verpflichtet hatte, 10 Prozent Energie einzusparen. Ich möchte von Ihnen wissen: Wie sieht es aus mit den Einsparzielen? Können Sie uns ein Bild davon geben, wo Sie stehen, damit wir das besser evaluieren können? Ich würde auch gerne wissen, wie hoch Sie die Energieeinsparungen der Industrie allgemein einschätzen, die sich rein aus den steigenden Energiepreisen ergeben würden. Das wäre ein bisschen kritisch nachgefragt, um zu schauen, wo wir da stehen. Was mich sehr interessiert, ist, wo Sie persönlich die größten Energieeinsparungspotenziale sehen. Das können Sie uns vielleicht mitgeben. Das wäre sehr hilfreich. – Ich habe eben von den Transformationsbündnissen gesprochen. Können Sie uns berichten, wie die Bündnisse zwischen Ihnen und den Gewerkschaften funktionieren, um die Produktion sozial-ökologisch zu gestalten oder umzubauen? – Die letzte Frage ist ein bisschen eine Feinschmeckerfrage: Können Sie uns sagen, welche Rolle die steigenden Zinsen bei der Investitionsplanung der Berliner Industrie spielen? Wir wissen alle, dass jetzt eigentlich kräftig investiert werden müsste, aber vermutlich die erhöhten Zinsen eine andere Rolle spielen.

Zu Herrn Misgeld: Ich komme Sie demnächst besuchen. Ich bin total gespannt. Ich habe auch mit großer Freude von Ihrem Null-Emission-Motzener-Straße-Projekt gelesen und möchte Sie fragen, ob Sie uns etwas von den Maßnahmen berichten können, wie sich das auswirkt, wie das funktioniert, und ob Sie uns vielleicht auch erklären können, was Sie tun, damit das gelingen kann, dass die Klimaneutralität in der Industrie funktioniert, welche Maßnahmen ergriffen werden müssten, welche Hürden Sie erleben, was Sie vielleicht auch anderen Industrien mitgeben könnten. Das fände ich sehr spannend zu hören.

Was mich sehr interessiert, ist, weil Sie ein sehr umtriebige Netzwerk und auch sehr stark im Austausch sind: Wie sind denn eigentlich die Mitarbeitenden in das Unternehmensnetzwerk

eingebunden, um sich gerade auch bei den Fragen Klimaneutralität, Klimaschutz einzubringen? Das wäre superspannend zu erfahren.

Auch wieder eine Feinschmeckerfrage: Ich bitte zu entschuldigen, ich habe manchmal etwas spezifischere Fragen. Sollten Sie dazu nicht sprechfähig sein, übergehen Sie sie einfach. – Wir haben in letzter Zeit viel über Fragilität der globalen Lieferketten gesprochen. Wir kennen die Situation mit der Zero-Covid-Strategie in China oder auch mit dem Suezkanal. Können Sie uns sagen, inwieweit Sie oder Ihre Mitgliedsunternehmen die Auswirkungen spüren bzw. welche Lehren Sie daraus ziehen und was Sie uns empfehlen würden, Sie vielleicht auch weiter dahin gehend zu unterstützen. Dahin gehend heißt krisenresilient in dem Fall.

Zu Herrn Groß: Eigentlich hat Herr Groß sehr viele der Punkte schon benannt, die uns umtreiben. Ich möchte vielleicht ein paar Worte dazu verlieren: Als Grüne sind wir grundsätzlich am Engagement von Siemens Energy Global in Berlin interessiert. Auch der Standort ist für uns ein wichtiger Innovationsstandort. Es ist gut und wichtig, dass Siemens Energy im Berliner Schaltwerk nur noch Schaltröhren ohne dieses klimaschädliche SF<sub>6</sub>-Gas herstellt. Wir sind aber irritiert, und ich habe das eben schon erwähnt, dass parallel die Fertigung der Schalter unter der Verwendung von SF<sub>6</sub> im Ausland stattfinden soll. Das ist nicht das, was wir wollten, und das ist gerade das, was ich sagte: Damit ist dem Klima nicht geholfen. Das muss ich Ihnen nicht sagen, aber wir sind da bei Ihnen. Ich komme Sie übrigens auch demnächst besuchen, insofern sprechen wir uns auch da noch mal. Ich möchte Sie aber bitten, vielleicht noch mal fürs Protokoll, für uns darzulegen, was Sie von der Wirtschaftsverwaltung, von uns als Politik und Parlament als Erwartungshaltung formulieren könnten.

Zum letzten Anzuhörenden, Herrn Otto: Ich spreche immer wieder von dem Ziel Klimaneutralität 2045 und darüber, dass die Industrie massiv umgebaut werden und in CO<sub>2</sub>-neutrale Technologien investieren muss. Können Sie uns sagen, wie die Berliner Industrie überhaupt dafür aufgestellt ist? Was ist denn Ihre Wahrnehmung? Sie hatten eben als Beispiel von den Windrädern gesprochen, bei BMW und Mercedes. Ich meine mich zu erinnern, dass wir dazu ein gemeinsames Gespräch hatten. Es wäre sehr spannend zu hören, was Sie glauben, wo wir stehen.

Zur Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Sie als Gewerkschafter können uns da vielleicht noch mal ein paar Einblicke geben. Welchen Beitrag leisten denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um die Unternehmen sozial-ökologisch umzubauen? Welchen können sie überhaupt leisten? Wir wissen heute, dass viele Menschen, man spricht neudeutsch davon, Purpose-driven oder Impact-driven sind, dass Sie Nachhaltigkeit und sehr viele andere sozial-ökologische Ziele für sich zur Maßgabe machen, für die Unternehmen, in denen sie arbeiten wollen. Nicht selten ist das etwas, womit sich Unternehmen schmücken, aber dafür nicht liefern. Können Sie uns sagen, was können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tun, um sich dahin gehend besser einzubringen? Das wäre so weit meine Fragestellung. Ich glaube, ich habe meine kritischen Punkte auch in Richtung Senat geäußert. Daher würde ich mich dann weiter zurückhalten. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Frau Kollegin! – Herr Kollege Gräff! Sie wären jetzt der Nächste. Ich will trotzdem noch fragen, weil ich es auf der Tagesordnung noch mal gesehen habe: Wollen Sie Punkt 5 der Tagesordnung hiermit noch verbunden haben, oder wollen wir das getrennt machen? Wenn Sie ihn verbunden haben wollen, dann könnten Sie

natürlich auch dazu gleich in Ihrem Beitrag noch etwas sagen. Ich hätte Sie vielleicht vorhin schon fragen sollen, aber es ist mir eben noch mal aufgefallen. Sie haben auf jeden Fall das Wort für die CDU-Fraktion. – Bitte!

**Christian Gräff (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das können wir gerne miteinander verbinden. Ich glaube, so war es auch gedacht, dass wir das tun. – Vielen Dank auch noch mal an die Anzuhörenden! Ich finde es gut – da habe ich eine andere Haltung –, wenn wir nicht so viel von uns sprechen, sondern eher von wir gemeinsam. In dem Punkt habe ich allerdings in der Tat eine dezidiert andere Haltung. Politik hat für mich eine dienende Funktion. Ich bin dankbar, dass Sie uns alle heute hier die Hand ausgestreckt haben und hier sind, denn Sie müssten das nicht. Das ist eine Wertschätzung für uns, indem wir eine dienende und regulierende Haltung haben und nicht umgekehrt. Dafür in der Tat ausdrücklichen Dank!

Wenn ich mir die Vorbemerkung gestatten darf, da bin ich ausnahmsweise komplett bei der Kollegin, die sich eben gemeldet hat: Es ist schon ein Stück verlogen zu sagen, wir importieren Fracking-Gas aus den USA und Kanada, Hauptsache das findet bei uns nicht statt. Das gilt natürlich auch für viele Produktionsprozesse, die wir in Deutschland nicht mehr haben wollen. Das gilt für den Tischler, der um die Ecke bei uns im Handwerkerhof oder im GSG-Gewerbehof ist genauso wie für das Industrieunternehmen, und da kommen wir zum Punkt. Ich glaube ehrlicherweise nicht, dass alle Berlinerinnen und Berliner den Masterplan Industrie kennen müssen. Es wäre schon gut, wenn er in der öffentlichen Verwaltung und bei den sogenannten Stakeholdern oder Multiplikatoren bekannt ist. Da hat das letzte Jahr etwas gelitten, und das wäre auch meine Frage an den Senat. Es gibt eine Ausschreibung für die Begleitung der Geschäftsstelle. Da hat es ein kleines Delta gegeben, eine Lücke zwischen den letzten Aktivitäten zum Thema Masterplan Industrie, und jetzt, glaube ich, läuft eine Ausschreibung dazu. Da würde mich interessieren: Was ist in den letzten Monaten passiert? Was ist für die nächsten Monate an Aktivitäten geplant? Ich glaube, auf dieses Problem ist auch hingewiesen worden. Es ist ganz wichtig, dass wir da Kontinuität haben, und ich würde ausdrücklich zustimmen, dass der SKIP eine Sache ist, aber das ist nicht das wesentliche Element, sondern das wesentliche Element sind Arbeitsgruppen und dass am Masterplan Industrie kontinuierlich gearbeitet wird.

Ich möchte ein großes Lob aussprechen. Ich habe in meiner Zeit damals im Bezirksamt die IG Metall und ihre Vorgänger als extrem motivierend kennengelernt. Wenn ich mich daran erinnere beispielsweise, wie wir damals mit Berlin Partner die Servicestellen für die großen Unternehmen – die Wirtschaftsförderung kümmert sich eher um die kleinen und mittelständischen – eingerichtet haben in den zwölf Bezirken, dann war das unter großer Beteiligung der IG Metall seinerzeit. Da habe ich Sie jedenfalls beim Thema Industrie immer sehr wohlwollend wahrgenommen, jedenfalls in den Jahren davor. Ich kann das im Moment nicht beurteilen.

Ich hätte noch zwei Fragen an die Anzuhörenden. Herr Misgeld! Sie haben es schon ein bisschen gesagt, das Thema Infrastruktur spielt eine große Rolle. Vielleicht können Sie aber noch zwei Worte sagen und skizzieren, wie Sie sich vorstellen könnten, dass alle größeren Gewerbestandorte, und damit will ich niemanden abwerten, ich nehme ein Beispiel aus dem eigenen Bezirk, es geht nicht um die Helle Mitte und das Thema Einzelhandel, sondern es geht in der Tat um Gewerbe- und Industriestandorte, wie Sie sich ganz konkret eine Unterstützung des Senats wünschen würden. Da haben wir in der letzten Legislaturperiode auch als CDU-

Fraktion beispielsweise hier ein paar Vorschläge gemacht. Um Gottes willen, die müssen überhaupt nicht gesamthaft sein, sondern da fehlt bestimmt noch der eine oder andere Ansatz, aber wie Sie sich das vorstellen können, vielleicht auch vom UVB. Wir haben auch einen guten Eindruck über die gesamte Stadt, über alle Bezirke, was wir da möglicherweise noch mehr tun können.

Last but not least eine abschließende Bemerkung: Ich durfte selber mal einen Zukunftsort mitgestalten. Da hätte ich mir gewünscht, der ist heute viel weiter. Ich könnte gerne auch eine Analyse vornehmen, woran das aus meiner Sicht liegt. Da blutet mir so ein bisschen das Herz, nicht nur beim Thema Liegenschaftspolitik. Aber das ist ein anderes Thema, lieber Herr Miggeld. Ich glaube nicht, dass Sie traurig sein müssen, dass die Motzener Straße kein Zukunftsort wird. Ich finde diese Marke an sich schon richtig, weil es auch noch mal einen Fingerzeig darauf gibt, dass da Platz ist und dass da Entwicklungsmöglichkeiten sind. Das haben wir vor einigen Jahren miteinander gemeinsam definiert, auch, was ein Zukunftsort sein soll. Das heißt nicht, das zeigt Ihre Bilanz extrem beeindruckend, dass Sie selbst aus eigener Motivation heraus – – Da sind wir auch unterschiedlicher Auffassung, beispielsweise mit den Grünen, weil für uns Innovation nicht aus einem starren Korsett oder Druck heraus entsteht, sondern Innovationen entstehen immer dann, wenn die Unternehmen größtmögliche Wirkungsmöglichkeiten und Freiheit haben, Produkte zu entwickeln. Dann entstehen Innovationen und nicht aus der Beschränkung oder dem Druck heraus, und das zeigen Sie in der Tat auch beim Thema Klimaschutz in beeindruckender Art und Weise. – Herzlichen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann bin ich selber dran für die SPD-Fraktion.

**Jörg Stroedter (SPD):** Ich möchte mich erst mal herzlich bei Herrn Senator Schwarz für die Einbringung des Masterplans bedanken. Ich glaube, das ist eine gute Sache, dass wir das hier fortsetzen. Ich will auch sagen, dass wir uns in der Vergangenheit immer darüber beklagt haben, dass die Industriearbeitsplätze so ein bisschen weggefallen sind und wir nur in die andere Richtung Arbeitsplätze aufbauen. Das hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Deshalb ist es wichtig, dass das fortgesetzt wird, und da ist so ein Masterplan dann auch von wichtiger Bedeutung. Die ganze Debatte heute wird natürlich überlagert durch das Energiethema, durch das Energiepreisthema. Daran führt gar kein Weg vorbei, weil das vieles verändern wird. Ich glaube, wir sind erst unten an dem Problem. Wir sind meilenweit von der Spitze des Eisbergs entfernt. Jeder bekommt alle möglichen Mails und Nachrichten, wie enorm die Preisentwicklung im Bereich Gas, Öl ist und welche Auswirkungen das auf den Strompreis entsprechend hat. Deshalb will ich die eine oder andere Frage stellen.

Ich fange mit Ihnen an, Herr Groß. Ich habe am Anfang etwas nicht so richtig verstanden. Es ging um die Verlegung der Arbeitsplätze. Wir haben das mal recherchiert. China und Mexiko sind im Gespräch. Da haben Sie etwas vom Betriebsverfassungsgesetz erzählt. Das hat mich gewundert. Vielleicht können Sie das noch mal ausführen. Ich glaube, das Problem hängt eher mit einer EU-Verordnung zusammen. Es wäre mir wichtig, dass noch mal entsprechend von Ihnen zu hören. Ich sehe generell in diesem ganzen Energiethema, und die Frage geht an alle, das größte Risiko. Der Kollege Gräff hat das indirekt mit dem Beispiel USA und Kanada genannt. Mir ist das Preisthema noch ein bisschen wichtiger. Wenn man sich nämlich anguckt, wie die Energiepreise im Augenblick zum Beispiel in den USA und Kanada sind, aber auch in dem einen oder anderen europäischen Staat und wie sie bei uns jetzt sind, dann sind wir an

der absoluten Spitze dessen, wie die Preisentwicklung jetzt schon ist. Das hängt vielfältig zusammen, auch mit der Gasabhängigkeit von Russland, aber nicht nur damit. Da würde ich von Ihnen allen hören, sowohl von UVB und Gewerkschaftsseite, wie Sie das von der Entwicklung her beurteilen und welche Konsequenzen das hat. Da hängt dann, das haben Sie, Herr Groß, angesprochen, das Thema Lieferketten mit dran. Auch das höre ich von allen Seiten. Es gibt in der Politik einige gewagte Positionen in Amerika: Jetzt machen wir auch noch einen Wirtschaftskrieg mit China. – Ich wünsche viel Vergnügen. Die Frage ist: Wie geht es dann eigentlich weiter? Wir haben jetzt schon ein extremes Lieferkettenproblem, was auch mit Corona und anderen Dingen in China zusammenhängt. Dazu würde ich gerne von Ihnen noch mal deutlicher etwas hören.

Dann eine Frage an Herrn Otto: Wir hatten neulich schon mal ein Gespräch. Meine große Sorge ist jetzt, dass es bei diesem Energiepreisthema massiv Verlagerungen von Arbeitsplätzen gibt. Wir haben sowieso schon eine Phase gehabt, wo man das über das Lohnthema gemacht hat, indem man gesagt hat: Wir sind vermeintlich zu teuer. Wir suchen billige Arbeitsplätze im Umland. – Da waren gerne Staaten, die etwas östlich von Deutschland liegen, im Gespräch, auch von Unternehmen, die erst eine Förderung bekommen haben, und nachdem die Förderung abgelaufen ist, die Arbeitsplätze umgelagert haben. Wie sehen Sie da die Situation bezogen auf diese Energiepreisentwicklung, vor allen Dingen auch die Unterschiedlichkeit, wie es in einzelnen Ländern entsprechend ankommt.

Das Thema Kurzarbeit ist sicherlich auch ein Thema. Auch da würde ich gerne noch mal hören, wie da genau Ihre Position entsprechend ist, denn wir müssen davon ausgehen, dass das Thema Kurzarbeit, das wir schon relativ stark bei Corona hatten, aber da war es dann doch zeitlicher begrenzt, vielleicht aus dieser Problematik entsprechend noch mal länger kommt.

Herr Weickert, an Sie auch noch mal die Frage: PCK Schwedt ist ein ganz großes Thema. Der zuständige Minister der Bundesregierung sagte: Das läuft schon irgendwie alles. – Der Ministerpräsident in Brandenburg sagt genau das Gegenteil. Er macht sich Riesensorgen, und da hängen wir extrem dran an dem Thema. Was haben Sie da für Informationen? Wie ist die Position der Wirtschaft? Zum Thema Schwedt würde ich auch gerne den Senator fragen. Wir reden immer viel über Berlin-Brandenburg, über die Zusammenarbeit, da ist sie an einem ganz entscheidenden Punkt. Wir hängen maßgeblich an Schwedt dran und an all den Konsequenzen. Wenn das Öl dann nicht mehr da ist oder nicht mehr geliefert wird, wird es problematisch. Die Aussage allein, es wird dann von woanders kommen, ist mir noch zu nebulös. Auch da hätte ich gerne mal eine Position.

Dann noch an Sie, Herr Weickert und Herr Otto, zum Abschluss, auch in den Senator: Sichere Energieversorgung. – Das eine sind die Preise. Das sehe ich als das größere Thema. Aber die sichere Energieversorgung ist aus meiner Sicht auch ein Thema. Da wird schon von Kommunen spekuliert, dass es möglicherweise Blackouts geben wird. Wie sehen Sie das? Welche Position sehen Sie da? Was erwarten Sie da von der Senatsseite? Welche Handlung muss da gemacht werden? Welche Konzepte, Herr Senator, sehen Sie da? Das ist keine Berliner Position. Dazu haben sich verschiedene Kommunen beim Städtetag entsprechend geäußert. Das wäre es von meiner Seite aus.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Dann ist Herr Kollege Hansel für die AfD-Fraktion dran. – Bitte, Herr Kollege Hansel!

**Frank-Christian Hansel** (AfD): Vielen Dank! – Auch Dank an die Anzuhörenden! Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Stroedter, dass Sie den Fokus auf den Schwerpunkt legen, den wir auch immer sehen und den wir im Ausschuss auch besprechen wollen. Die Frage zu PCK hatte ich auch. – Ich möchte noch mal an Herrn Weickert anknüpfen. Sie sagten: Das Stromangebot ausweiten. – Das ist ja klar. Vielleicht können Sie das noch mal ganz konkret darstellen, was Sie da erwarten.

In Bezug auf ein ganz konkretes Projekt, nämlich Oberschöneweide, gab es vom VBKI das Symposium 2022 zum Zukunftsstandort Oberschöneweide. Es gibt nicht nur staatliche Infrastrukturprojekte und Investitionen, sondern auch private. In Oberschöneweide gibt es eine Investition über 1 Milliarde Euro, Herr Schwarz, von der DIE AG, und da geht es um das Thema Energieversorgung. Die haben sich zum Beispiel vorgestellt: Geothermie, 3,5 km runter, um 400 000 Haushalte zu versorgen. Ich weiß nicht, ob Sie das Thema kennen. Da wüsste ich gerne, ob Sie da nicht unterstützend tätig sein können, ob das in dem Interessensgebiet ist, das Sie als Wirtschafts- und Energiesenator verfolgen.

Die andere Debatte ist allgemein gehalten. Da sind die Fragen gestellt und werden entsprechend beantwortet. Ich freue mich, da sind wir mit der Linken völlig überein, dass wir Industriearbeitsplätze stärker in Berlin brauchen, das ist voll unsere Position. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Danke! – Dann habe ich für die SPD-Fraktion den Kollegen Machulik. – Bitte sehr!

**Stephan Machulik** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für die Ausführungen zu dem hier vorliegenden Masterplan Industrie! Als Abgeordneter aus dem derzeit immer noch größten Industriebezirk Berlins, Spandau, ist das für mich schon mit dem ersten Masterplan ein Paradigmenwechsel in der Politik gewesen. Ich komme noch aus Zeiten, da wurde jeder Industriestandort infrage gestellt, und man wollte so viel Industriearbeitsplätze wie möglich eigentlich aus der Stadt herausbekommen in die weite Fläche nach Brandenburg. Dementsprechend muss man auch sagen, dass das Abwandern, so wie Herr Wolf es dargestellt hat, auch von der Stadtgesellschaft politisch motiviert war. Ich bin froh, dass wir es eingesehen haben, dass wir in Berlin Industriearbeitsplätze nicht nur halten, sondern auch ausbauen wollen. Ich glaube, da ist der Masterplan, der MPI, auch wieder ein Teil, um eine Rahmenbedingung zu schaffen, damit wir das erreichen. Wir sollten aber, so wie es gesagt wurde, diesen Masterplan nicht komplett überreizen und uns davon erhoffen, dass das tatsächlich das Allheilmittel von allem sein wird, denn die Politik kann nur den Rahmen bilden, und gelebt wird, so wie es auch Herr Weickert gesagt hat, die Transformation oder der Wandel von der Industrie. Nichtsdestotrotz finde ich diese drei Transformationslinien, die der Senator vorgestellt hat, sehr wichtig, weil das auch mehr ist als der reine, um jetzt mal bei dieser Wortwahl zu bleiben, Kapitalismus, sondern dass da auch bestimmte Effekte einbezogen werden.

Was ich sehr interessant finde, ist, wenn wir Industriestandorte oder wenn sich Produkte verändern, dass man nicht einfach mal sagt, dann machen wir ein Werk zu und gucken, was aus den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird, sondern wir versuchen Lösungen zu finden, besonders mit der Gewerkschaft.

Die Gewerkschaft IG Metall ist bei dem Werk von Daimler wirklich vorbildlich. Wir qualifizieren die Mitarbeiter. Die Arbeitswelt, wo wir alle Angst hatten, dass die durch die Veränderungen im Dienstleistungssektor die Arbeitsplätze kaputt macht, dass man sagt: Nein, wir wollen diese Mitarbeiter behalten in der klassischen Tradition des Facharbeiters, also weiterqualifizieren, dass sie dann in anderen Nischen des Unternehmens tatsächlich auch qualifiziert arbeiten können. – Das scheint Daimler jetzt zu gelingen. Darüber bin ich ganz froh, sonst wäre auch dieser Standort wahrscheinlich in Gefahr geraten. Dementsprechend da auch noch mal Danke an die Gewerkschaft, die energisch sich dafür eingesetzt hat! Ich kenne es noch aus anderen Zeiten. Da wurden Produktionsstätten in Spandau dichtgemacht, aber dafür wurde uns dann verkauft, für die 1 000 Arbeitsplätze in der Fertigung kommen die High Potentials, die die Geräte erfinden, aber auf dem Arbeitsmarkt waren es dann in der Summe 900 Arbeitsplätze weniger. Das sollte wir auch immer mitbedenken. Ich finde es wichtig, dass wir Wissenschaftsstandorte und auch Forschungsstandorte hierherholen, aber dann auch, und das sagt, glaube ich, der Masterplan aus: Wenn wir die Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Forschung haben, dann muss auch die Fertigung in der Metropolenregion, aber am besten natürlich in Berlin, da sein.

Kommen wir zu dem Punkt, und das würde mich auch interessieren, nachdem wir jahrzehntelang versucht haben, Rückhalteflächen für die Industrie zu entwidmen und jetzt vor dem Dilemma stehen, dass wir keine großen Flächen mehr in den Bezirken haben, wo wir großflächige Industrien ansiedeln können. Es würde mich schon mal interessieren, auch gerade von Ihnen als Vertreter, inwiefern man dann kleinere Flächen trotzdem – oder was ist da der Wunsch? – so für Fertigung schaffen kann, dass man diese auch nutzen kann. Ich habe ein Beispiel mit BMW. Ich meine, das muss jetzt so nicht sein. Die arbeiten auf mehreren Ebenen. Der Ansatz der ehemaligen Lean Production, die wir aus Japan kennen, Anfang der Neunziger, wurde von denen auch umgesetzt, auch aus der Not heraus, weil die Fläche nicht da war. Also gibt es da seitens der Wirtschaft Überlegungen? Gibt es vielleicht auch Hindernisse im Baurecht, dass es derzeit nicht geht, was man auch ausräumen muss? Das wäre mir wichtig, dass wir das haben.

Genauso die Frage: Wir haben sehr viel über die internationalen Lieferketten gehört. Für mich ist es natürlich auch klar, welche Anforderungen Sie, wenn wir innerstädtisch wieder produzieren und das auch ausbauen wollen, an die Wirtschaftsverkehre innerhalb Berlins haben, was Sie benötigen. Wir haben viel über unsere Infrastruktur in anderen Ausschüssen gehört, gerade was die Querung mit 40-Tonnern angeht etc. Was behindert Sie in der Fertigung, wo wir als Politik noch nachsteuern müssen?

Was auch noch ein Punkt war, der mich stutzig werden ließ, ist, warum im Rahmenplan nicht mehr explizit die Digitalisierungsstrategie reingenommen wird. Gibt es da etwas, wo Sie sagen, dass Sie über den Transformationsbeirat unbedingt noch etwas nachsteuern müssen, damit dann auch die Gigabitstrategie, die uns hier auch vorgestellt wurde, da unbedingt noch mal erscheinen muss, oder können wir das so als Rahmen nehmen und sagen: Die Digitalisierung mit der Gigabitstrategie ist natürlich mit uns mitgedacht, und wenn es da massive Probleme gibt, dass Sie uns das dann auch noch mal nahelegen könnten, damit wir wissen, wo wir nachsteuern können.

Der letzte Punkt: Die proaktive Ansiedlungspolitik. – Ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg, Berlin interessant zu machen, auch für Investoren, die hierherkommen. Ich glaube aber,

wir sind in einigen Zielkonflikten. Wir sollten auch in anderen Ausschüssen noch mal besprechen, wo wir hinwollen. Es ist schön, dass wir vielleicht als Wirtschaftsausschuss sagen: Das und das ist unser Wunsch, aber dann in drei anderen Ausschüssen Zielkonflikte kommen, sodass das dann nicht eins wird. Deswegen bin ich, und das ist der letzte Satz von mir, auch ganz glücklich, dass der Senator noch mal deutlich gemacht hat: Der MPI und überhaupt das Wirtschaftsressort ist ein verbindendes Element durch alle Ressorts, eine Querschnittsaufgabe, und da müssen wir dann auch für unsere Ziele in anderen Ausschüssen werben.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege! – Vielen Dank auch an alle anderen! Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde und fangen mit Herrn Senator Schwarz an. – Bitte sehr!

**Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von meiner Seite noch mal ein ganz herzliches Dankeschön an die Experten! Das war, glaube ich, wichtig für die Politik, aus dem richtigen Leben zu hören, was passiert. Hier ist auch noch mal ein klares Commitment der Akteure für den Industriestandort Berlin deutlich geworden. Dafür ein herzliches Dankeschön! – Ich will jetzt nicht alle Fragen beantworten. Ich hatte auch mit dem Vorsitzenden vorher abgestimmt, dass ich jetzt die Gelegenheit habe, die Fragen zu beantworten, weil ich gleich noch in den Hauptausschuss muss. Dann kommt mein Staatssekretär Biel. Dann machen wir sozusagen einen fliegenden Wechsel. Also bitte nicht wundern. Das ist keine Respektlosigkeit gegenüber den Damen und Herren Abgeordneten, sondern das ist jetzt so eingetaktet.

Es sind nur ein paar Anmerkungen bzw. Fragen, die direkt an mich gestellt wurden. Alles andere können die Kollegen an der Stirnseite viel besser beantworten. Ich fange mal hinten an mit dem, was Herr Machulik gerade noch mal aufgerufen hat, das Thema Ansiedlung. Herr Wolf hatte auch darauf rekurriert und gesagt, es könnte alles ein bisschen mehr sein, wenn ich es so verstanden habe. Wir sind schon gar nicht so schlecht in Berlin, wenn man sich das mal objektiv anguckt. Berlin Partner hat heute die Halbjahreszahlen präsentiert. Die sind schon ziemlich beeindruckend. Es war ein Rekordhalbjahr. Die Zahlen sind besser als 2020 oder 2021. Das ist nicht schwer, weil Corona war, aber sie sind auch besser als 2019. Ich glaube, das zeigt, dass wir hier eine extrem starke Wirtschaft in dieser Stadt haben. Dazu gehört auch eine extrem starke Industrie, die sich als krisenresistent erwiesen hat. Das macht mir auch Mut, vor allem bei den großen Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen, dass wir die Sachen hier gemeinsam stemmen können.

Die Zahlen sind in der Tat beeindruckend, und ich finde – wir haben vorhin über Beschäftigung gesprochen, und sicherlich kämpfen wir für jeden industriellen Arbeitsplatz –, wir haben eine absolut bessere Entwicklung gehabt als alle anderen Bundesländer im ersten Halbjahr. Wir haben einen guten Restart hingelegt nach Corona. Wir reden über Zahlen, wenn ich die jetzt mit dem Bund vergleiche, die deutlich besser sind. Wir haben per Juni 4,5 Prozent Beschäftigungszuwachs in Berlin gehabt. Im Bund sind es 1,9 Prozent. Ich glaube, das kann man einfach mal selbstbewusst sagen. Die Ansiedlungen und auch die Investitionserweiterungen, also die Investitionen in Erweiterungen, haben auch einen Rekordwert erreicht. Wir haben 573 Millionen Euro, die in den Standort Berlin investiert werden. Das ist ein Plus von 26 Prozent gegenüber dem Halbjahr 2021. Hier sind durchaus auch industrielle Bereiche betroffen, insbesondere das Cluster Gesundheitswirtschaft, Optik und Photonik, was auch zu einem der gemeinsamen Cluster mit Brandenburg gehört. Das vielleicht zum Thema Ansied-

lung. Ich glaube, da müssen wir uns in Berlin überhaupt nicht verstecken, was Investitionen und Erweiterungsinvestitionen anbelangt.

Zum Thema Kommunikation: Sie haben recht, Herr Gräff. Natürlich ist es eine ganz wichtige Aufgabe des Masterplans Industrie, hier auch in die Stadt, in die Akteure und in die Verwaltung hinein zu kommunizieren. Das ist mir auch ein wichtiges Ziel. Wir haben uns deshalb auch im Masterplan Industrie auf einen Kommunikator verständigt. Die Suche läuft bereits durch mein Haus. Hier geht es darum, den Masterplan und auch die Akteure in der Stadt und die Projekte entsprechend auf die Bühne zu heben. Dazu wird ein Konzept ausgearbeitet. Da geht es auch darum, neue Veranstaltungsformate zu kreieren und, ich glaube, das ist wichtig, auch ein schlankes Monitoringsystem für die Öffentlichkeit zu entwickeln, dass man weiß: Was passiert da eigentlich? Was machen die da eigentlich? – Das halte ich für sehr wichtig, und auch die organisatorische Begleitung der Projekte wird neu geordnet. Es gibt mehr Unterstützung aus den Fachebenen der Häuser, weil ich glaube, das ist ein sehr hoher Koordinationsaufwand. Ich hoffe, dass wir das damit auch ein Stück weit besser machen können.

Die Energiethemen ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Wirtschaftsthemen und natürlich logischerweise auch die Industriethemen. Energie ist ein Schlüsselfaktor neben Fachkräften für den Erfolg auch der gemeinsamen industriepolitischen Anstrengungen. Ganz konkret haben wir die Herausforderung, die der Vorsitzende vorhin aufgerufen hat, das Thema Schwedt. Da sind wir in engem Austausch mit Brandenburg. Ich habe gerade letzte Woche ein längeres Gespräch mit meinem Kollegen Steinbach, Wirtschafts- und Energieminister aus Brandenburg, geführt. Er ist mit der Bundesregierung sehr nah dran, Alternativen zu entwickeln. Das ist auch relativ weit gediehen. Es gab einen Brandbrief, Sie alle haben davon gehört, von der brandenburgischen Landesregierung an das Bundeswirtschaftsministerium, um da noch mal Druck zu machen. Aber es zeichnen sich da Lösungen ab, insbesondere sowohl was die Versorgung anbelangt über die Pipeline von Rostock, gegebenenfalls ergänzt über Danzig. Das wird nicht die Mengen ausmachen, die zurzeit fließen. Das ist kapazitär und technisch gar nicht möglich. Daran wird auch gearbeitet, um das Maximum an Kapazität herauszuholen, aber das wird nicht mehr als 60 Prozent der derzeitigen Leistung sein. Das langfristige Ziel bei PCK Schwedt war auch noch mal das, was die brandenburgische Landesregierung angemahnt hat: eine Unterstützung auch für eine langfristige Transformation, also Stichwort: andere Energieträger, Wasserstoff, dass man da auch technologische Alternativen weiterentwickelt und fördert.

Vielleicht noch einen Satz, und alles andere können, glaube ich, alle anderen viel besser beantworten: Es gab die Frage nach den Konzepten der DIE AG. Da habe ich bisher Koinzidenz. Ich habe morgen einen Termin. Ihre Frage war, ob das interessant ist. Es ist interessant, und ich treffe mich morgen mit ihnen in Oberschöneweide.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Können Sie noch mal offiziell dem Ausschuss bestätigen, was das Thema Blackouts betrifft, was die Kommunen geäußert haben?

**Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe):** Ich habe es mir aufgeschrieben, aber es stand dann unter Schwedt und ich bin darüber hinweggesprungen – ganz wichtiger Punkt. Wir hatten das Thema heute Morgen noch mal mit den Energieversorgern und der Regierenden Bürgermeisterin. Da geht es vor allem um Versorgungssicherheit für die Haushalte, aber auch für die Unternehmerinnen und Unternehmer in der Stadt, für die Betriebe. Auch diese Szenarien werden

durchgespielt, wobei zurzeit nicht davon ausgegangen wird, dass man dieses – Sie alle haben wahrscheinlich das Buch gelesen oder entsprechende Filme gesehen. Es geht nicht um das Szenario, dass wir hier einen kompletten Blackout haben. Das wird momentan technisch als eher unrealistisch angesehen. Es ist die Last auf dem Stromnetz, wenn sich der ganze Wärmemarkt auf den Strombereich verlagern würde in der Situation einer Gasmangellage. Darauf sind Stromnetz und die Versorger vorbereitet. Da gibt es dann auch für den relativ unwahrscheinlichen Fall Szenarien, wie unter Umständen phasenweise Strom abgesperrt wird, niemals komplett und niemals Blackout. Weil wir gute Schaltanlagen haben, Herr Groß, ist das nicht das Szenario, sondern man ist darauf vorbereitet, dass man bei einer besonderen Überlast des Systems zeitweise und regional begrenzt abschaltet. Aber, wie gesagt: Das ist jetzt nicht das realistische Szenario. Das ist ein absolutes Notfallszenario, aber auch auf das muss man vorbereitet sein.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Senator, dass Sie das hier noch dargestellt haben! – Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde, und wir fangen wieder mit Ihnen an, Herr Groß. – Bitte sehr!

**Rüdiger Groß** (Gesamtbetriebsrat Siemens Energy Global): Danke schön! – Spannende Fragen. Ich hängele mich da mal durch. Ich fange mit Ihrer Frage zum Betriebsverfassungsgesetz und Wirtschaftlichkeit an. – Wir Betriebsräte am Standort Spandau Schaltwerk sind im Interessenausgleich. Das bedeutet, die Firmenseite kommt auf uns zu, weil sie eine wirtschaftliche Entscheidung getroffen hat. Das können sie laut Betriebsverfassungsgesetz und anderer Gesetze machen. Da haben wir Betriebsräte wenig Mitspracherecht. Wir kommen immer erst im Extremfall dazu, so wie jetzt, wenn man uns sagt: 413 Arbeitsplätze, Rüdiger, jetzt müssen wir mal mit deinen Kollegen reden, und dann fangen wir an in der Auseinandersetzung, in der Informationsphase und später auch für den Interessenausgleich herauszubekommen: Was haben die acht Monate lang oder länger geplant? – Wir holen uns eine Consulting dazu, das haben wir auch gemacht, die die Daten aufschlüsselt, um die Wirtschaftlichkeit zu überprüfen: Ist die Entscheidung die richtige? – Wenn wir da vorher rankämen, wäre das für uns einfacher. In dem Moment, wo ein Interessenausgleich avisiert wird, ist in den seltensten Fällen irgendetwas zu verhindern. Das war damit gemeint, also der Zusammenhang: Wer trifft die Entscheidung zur Wirtschaftlichkeit? – Nicht der Betriebsrat, sondern die Firmenseite.

Dann gab es Fragen von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Ich freue mich schon auf den Besuch in Kürze, es ist ja bald so weit. Sie haben beide richtig festgestellt, dass diese Schalterverlagerung so ähnlich ist, als wenn ich meine Fußmatte vor meiner Haustür beim Nachbarn ausklopfe. Das kann man, glaube ich, genauso sagen. Das ist der Dreh- und Angelpunkt für mich, um zu sagen, ich muss die Transformation nicht über China bewerkstelligen, sondern ich kann die Transformation auch im eigenen Haus für mich selber darstellen. Ich hatte vorhin auch ausgeführt, dass wir kein Minusstandort sind in Sachen Wirtschaftlichkeit, sondern weil wir unter anderen Lasten ächzen, die wir nicht bringen. Wir haben nicht genug Gewinne gebracht. Da würde mir helfen, zweiteilig, das war die Frage – Ich weiß, dass Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament die Aufgabe hat, das Thema Fluorgas mit den Ländern schon mal vorzubereiten, damit wir vielleicht im nächsten Jahr im Oktober die richtige Entscheidung treffen. Wenn wir da etwas verjüngen könnten, von 2028 auf 2026, würde uns das helfen. Warum 2026, wenn wir heute 2022 haben? – Weil unsere Schaltanlagen Projektgeschäft sind. Der Stromerzeuger, der Betreiber, der Netzverteiler muss planen, wann er die Produkte austauscht und wie sie ersetzt werden usw. Wir sind gerade dabei, 26 Anlagen in

Berlin-Charlottenburg im Umspannwerk auszutauschen, und keiner hat einen Stromausfall. Wir machen das aber schon locker anderthalb Jahre, also nur mal eine Vorlaufzeit dafür, wenn wir vor Ort sind, und da hat es noch mal locker anderthalb bis zwei Jahre Vorplanung gebraucht, dass wir im richtigen Moment die richtigen Dinge tun, ohne dass der Endverbraucher, egal wer es ist, der die zwei Löcher in der Wand bedient, irgendetwas davon merkt. Ich meine die Steckdose zu Hause, denn letztendlich kommt es ja da an. Das wäre die Planungsphase.

Was man noch tun kann, ist, vielleicht zu kontrollieren über die Ausschreibungen, wenn die Produkte als Auftrag vergeben werden, zu schauen: Wo ist denn der Erzeuger? – Der Erzeuger ist in dem Fall Berlin Schaltwerk, und man kann auch mal hingucken und feststellen: General Electric, ABB haben sich aus dem Geschäft herausgezogen. Wir sind die letzten, die das noch machen. Plötzlich stellen wir Bedarfe fest, und die müssen wir später dann von sonst wo beliefern. Dazu muss man wissen, dass Schaltanlagen, weil wir auch etwas zur Digitalisierung gehört haben, mit Daten kommunizieren. Das ist so wie das Thema Huawei, was wir mal in der Vergangenheit hatten. In dem Fall, wenn die Anlagen miteinander kommunizieren, wie Herr Schwarz es gerade gesagt hat – danke nochmal für die tollen Schalter, kommen Sie einfach mal vorbei, die sind auch zum Anfassen –, dann ist das richtig, was er da gesagt hat. Wir schalten mucksmäuschenstill, leise um, damit keiner etwas merkt. Dafür muss eine digitale Kommunikation da sein, und das können die Geräte, und dafür muss man aber bestimmte Grunddaten freigeben. Ich kann mir das unter der geopolitischen Lage mit den Veränderungen, wenn Russland, China und Indien gemeinsame Militärübungen machen – – Weiß der Geier, wofür das ist. Ob sich das noch mal verändert und besser wird, das weiß ich nicht, aber im Moment habe ich mehr die Sorge, dass wichtige Produkte, und ich glaube, den Eindruck konnte ich vermitteln, dass die Schalteranlagen wichtig sind, in Hände geraten, die uns vielleicht irgendwann mal in zehn Jahren auf die Füße fallen.

Die Kontrolle war der Wunsch. Wie kann man das machen? – Ich habe gerade etwas von einem Wirtschaftskreis gehört oder Vorbesprechungen, die es gibt. Vielleicht einfach noch mal, um ein Stück aus der Siemens Energy zu erweitern. Ich weiß nicht, ob wir da mit dabei sind, dass man einfach öfter miteinander spricht, bevor die Dinge passieren. Konkret wünsche ich mir einfach nur bei der Begegnung mit meinen Vorständen von Siemens Energy Global GmbH & Co. KG, dass Sie mahnend den Finger heben und vielleicht mal nachfragen: Freunde, meint ihr das ernst? Warum muss die Transformation über Mexiko und China sein, wenn wir die auch in Berlin machen können? Ich muss dann keine Verlagerungskosten und dergleichen mehr – –

Dann war noch die Frage nach den Lieferketten. Ich meine, dass die auch noch mit drin war. – Ein Beispiel: Wir waren so abhängig, dass wir keine Schiffe mehr bekommen haben, weil die zu Tausenden, zu Zehntausenden mit Containern vor Rotterdam, Hamburg, Schanghai und den ganzen Häfen – – Da steckt unsere Ware in den Containern. Wir haben auch nicht mit dem berühmten Zug, der über Asien nach Europa fährt – – Da ging auch nichts mehr, weil kurz vor der Ukraine oder in Belarus Schluss war. Am Ende haben wir uns auf eigener Achse, das muss man sich mal vorstellen, mit Lkws die wichtigsten Sachen nach Berlin fahren lassen, direkt ins Schaltwerk nach Spandau, und das kann unter der Gemengelage, wie es jetzt ist, mit Corona und die politische Unsicherheit, neue Lagerbildung und dergleichen – – Ich bin Baujahr 65. Ich habe noch die Entwicklung in die bessere Zeit erlebt. Ich möchte nicht

zurückfallen, wo ich herkomme als Jugendlicher mit den Abhängigkeiten. Da habe ich keine Lust zu. Es geht auch meinen Kolleginnen und Kollegen so.

Ich habe ein Beispiel für eine gute Lieferkette. Wir haben in China eine Fertigung. Die macht Gießharzprodukte, die für unsere Schaltanlagen wichtig sind. Sie müssen sich eine Colaflasche vorstellen. Die hat keinen Boden und keinen Deckel, und die beiden Enden muss ich verschließen. Das mache ich mit einer speziellen Kunststofflegierung, wo hinterher dann auch der Strom durchfließt. Jetzt haben wir festgestellt, wir bekommen aus China nichts mehr, und zwar dauerhaft, weil die da etwas anders unterwegs sind als wir, und jetzt haben wir unsere eigene Fertigung, die wir in Berlin haben, einfach besser ausgelastet. Da sagen auch Betriebsräte: Da ist Schichtbetrieb möglich. Wir müssen nicht immer alles nur von 7 bis 15 Uhr zum Kaffeekränzchen machen, sondern wir sind auch bereit, Betriebsnutzungszeiten zur Verfügung zu stellen und dergleichen. Das ist ein Thema. Wir haben praktisch etwas aus China wieder zurück nach Berlin geholt und lasten dort jetzt die Gießharzfertigung aus. Es gibt Beispiele für rückwärts. Aber wenn ich mit den Schaltern jetzt vorwärts gehe und später wieder rückwärts, dann wäre das echt doof. Das ist meine Interpretation des Ganzen. – Ich glaube, ich habe jetzt alle Fragen beantwortet.

Also Kontrolle wäre mir wichtig, Begegnungen mit den Kollegen der Energy, um darauf zu sprechen zu kommen: Was ist denn da los? – Ich nehme auch gerne eine Rückmeldung entgegen, dass Herr Groß gesagt bekommt: Guck mal, ich habe die Antwort bekommen. – Es ist nicht so, dass wir uns spinnefeind sind. Wir haben gute Beziehungen am Standort, aber manche Dinge bleiben Betriebsräten einfach fern. Das liegt in der Natur der Sache, dass wir nicht alles erfahren, auch auf Nachfragen, und das ist hier so ein Fall. Ich glaube, den Teil mit der Verlagerung nach China können wir verhindern, nach Mexiko wahrscheinlich nicht, und das würde schon vielen Arbeitsplätzen helfen. Man muss aber immer hoch anfangen, also bin ich gar nicht damit einverstanden. – Lieben Dank für die Aufmerksamkeit!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Groß! – Dann Herr Misgeld als Nächster. – Bitte sehr!

**Ulrich Misgeld** (Unternehmensnetzwerk Motzener Straße): Schönen Dank! – Zunächst einmal: Schön, dass Sie das Netzwerk oder das Industriegebiet schon kennen! Dass die Firmen Ihnen gesagt haben, sie wissen nichts von der Industriepolitik der Stadt, mag sein, aber Sie haben aus meinem Vortrag gehört, dass wir viele Themen, die angesprochen worden sind, tatsächlich auch im Netzwerk verfolgen. Ansonsten muss man sich KMU so vorstellen: Das ist ein Inhaber mit vielleicht zehn Mitarbeitern, und der Inhaber ist für alles zuständig: für die Aufträge, für die Personalführung, für die Produktion, für den Verkauf. Der hat dann vielleicht manchmal auch an übergeordneten Themen nicht so viel Interesse. Wir verfolgen aber diese Themen, und es sind dann eben auch Netzwerkthemen.

Frau Bozkurt, zu den Fragen: Was wären die größten Einsparungen in Unternehmen bzw. in solchen Industriegebieten? – Wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht mit den Energieeffizienzwochen, die wir bei uns seit fünf Jahren machen, wo Klima- und Energieexperten in die Unternehmen gehen und die Unternehmen beraten. Soweit ich es sehe, ist das jetzt hier im Masterplan Industrie auch wieder vorgesehen, dass man das weiter vorantreiben wird. Es wirkt natürlich auch der Austausch der Unternehmen untereinander. Wenn einer etwas macht, zeigt er es dem anderen, und das ist natürlich immer ein hohes Vertrauenspotenzial. Mit den

Gewerkschaften haben wir bestes Einvernehmen, jedenfalls haben wir uns noch nie gestritten. Wie sollten wir auch?

Sie fragten zu den Zinsen, ob die steigenden Zinsen Investitionen verhindern. – Ich glaube, im Augenblick verhindern eher unsichere Aussichten die Investitionen. Zinsen sind ein Teil der Kalkulation, und die Kalkulation muss insgesamt stimmen. Das ist sicherlich durch andere Dinge im Augenblick stärker belastet.

Was machen wir mit den Mitarbeitenden in den Firmen? – Wir haben einen Mitarbeiter- und Firmenwettbewerb ausgeschrieben, wo die Mitarbeiter ihre Einsparungsmaßnahmen, die sie selber machen: Ich habe heute beim Herausgehen Licht ausgeschaltet und Stand-by ausgeschaltet und habe die Treppe genutzt und nicht den Aufzug und solche Geschichten – – Sie haben bestimmte Punkte bekommen, und am Ende ist dann das Unternehmen ausgezeichnet worden, das die meisten Punkte bekommen hat.

Zu den Lieferketten: Ja, sie sind immer noch fragil. Punktuell gibt es Störungen, aber das erledigt sich dann irgendwann auch. Es gibt nur temporär Störungen.

Herr Gräff! Sie haben gefragt: Was sollten die größeren Standorte als konkrete Unterstützung fordern? – Diese Netzwerke, soweit sie in dieser Stadt existieren, sind in der Regel ehrenamtlich geführt. Es gibt natürlich immer eine gewisse Grenze. Sie haben noch mal die Erfindung der Zukunftsorte verteidigt oder zumindest positiv gesehen. Das kann man auch machen, nur, das sind im Augenblick mit vielen 100 000 Euro geförderte Aktivitäten für elf Orte, die erst mal vielfach nicht so viel mit der Industrie zu tun haben, und die uns auch Wettbewerb machen. Wenn so eine Aktion der Zukunftsorte sagt, nur in den Zukunftsorten gibt es Zukunftsjobs, dann ist das natürlich ein Messerstich in den Rücken der Unternehmen, die selber um die Mitarbeiter und Auszubildenden werben. Das ist nicht akzeptabel. Deshalb muss man aus unserer Sicht dieses Thema Zukunftsorte neu definieren bzw. ergänzen. Wenn das Thema Platz, Herr Gräff, ein Argument wäre, ein Maßstab für einen Zukunftsort: EUREF ist, glaube ich, jetzt auch voll, und EUREF ist ein privates Immobilienprojekt. Im Campus Charlottenburg gibt es auch keinen Platz für Industrie. Es gibt eine ganze Menge Argumente, dass man das hier noch mal neu bewertet.

Vielleicht noch mal zu dem Thema Arbeitsplätze, das ist hier heute auch öfter genannt worden, 100 000 oder 105 000. – Jeder Industriearbeitsplatz hat noch mal einen Faktor zwei bis vier, weil er über Zulieferungen, über andere Formen von Geschäftsbeziehungen in die Wirtschaft der Stadt hineingeht. Das heißt, wir sollten uns nicht an diesen 100 000 festmachen, sondern das ist ein Wirken in die Wirtschaft der Stadt, und das muss man immer dazu sehen. In vielen Jahren davor waren auch die Verlagerungen und Auslagerungen von Dienstleistungen ein Teil des großen Dienstleistungserfolges von den großen Dienstleistern in dieser Stadt. Die vier Reinigungskräfte in meinem alten Unternehmen Selux sind dann irgendwann mal in ein professionelles Unternehmen gegangen. Die waren immer noch vier Arbeitsplätze der Industrie und sind jetzt das Dienstleistungswunder. Ich will sagen, das muss man schon differenziert sehen, und da darf man sich auch als Industrie, das machen wir auch nicht, nicht zu klein machen, sondern muss die Wirkung der Industrie in die Stadt noch mal deutlich hervorheben.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Misgeld! – Herr Otto als Nächster. – Bitte sehr!

**Jan Otto** (IG Metall): Ich versuche das auch, so gut es geht. Ich weiß nicht, ob ich auf jede Frage eingehen kann, es war doch sehr umfangreich von Ihnen. Als geborener Köpenicker, der die Gnade hatte, in Marzahn groß zu werden, wir haben es letztens schon besprochen im SKIP, möchte ich etwas mehr auf den Ostteil dieser Stadt gucken. Es gibt schon noch Flächen. Gleichzeitig sage ich aber auch sehr dringlich, dass die Frage von entsiegelten Flächen für uns zukünftig entscheidend werden wird. Mit Blick auf meine zwei Kinder mit fünf und acht Jahren stelle ich mir schon die Frage: Wie wird es in den nächsten 30, 40 Jahren werden in dieser Stadt? Ich glaube, dieser Sommer und auch die Sommer davor haben gezeigt, dass es kein gegeneinander Ausspielen sein darf, aber vollkommen klar ist, und das teile ich, dass wir auch hier Ansiedlungen brauchen. Ich finde auch den Punkt, dass ein paar Sachen an uns vorübergegangen sind, nicht immer nur einfach, wobei ich bei einem der prominentesten Beispiele durchaus sagen kann: Ich glaube, da können wir ganz froh sein, dass es woanders momentan passiert.

Zum Flächenthema: Stephan, du hast das, glaube ich, gesagt. Ich finde, BMW ist ein gutes Beispiel, wo man sehen kann, was auch geht, also auch nach oben. Viele hätten nicht damit gerechnet, dass man bei BMW Spandau in der Lage ist, so aufzubauen. Wir haben einen weiteren Beschäftigungszuwachs in den nächsten Monaten, und ich finde, da nimmt ein Unternehmen sehr seine Verantwortung wahr, natürlich auch unter Einbezug der IG Metall und der Betriebsräte, aber das geht. Gleichzeitig müssen wir uns die Frage stellen, wie wir in Berlin und auch mit Blick auf den Osten weitere Flächen ausweisen können.

Irgendjemand hat gesagt, dass der Blick auf die Digitalwirtschaft entscheidend ist. Das teile ich absolut. Wir haben festgestellt, dass in Teilen, auch in der ELAB-Studie, die Digitalwirtschaft sozusagen als erweiterte Wertschöpfung nicht wirklich wahrgenommen wurde.

Es ist doch mittlerweile ein großer Block geworden. – Ich darf keine Werbung machen, und wenn ich jetzt das falsche Auto nehme, dann schlagen mich meine Betriebe. – Nehmen wir also ein wunderbares Mittelklasseauto, wo Sie mittlerweile per App wissen, wie voll das Auto ist, Sie können öffnen und schließen – ich nenne keine Namen. Das ist mittlerweile ein Zweig, der enorm viele Beschäftigte bündelt und auch mehr bündeln wird, wenn wir über die Frage integrierte Mobilität sprechen, und das – das teile ich, irgendjemand hat es gesagt – ist etwas, das in Berlin passieren muss. – Das waren sogar Sie, Herr Weickert, glaube ich, Sie haben diesen Bereich angesprochen.

Die Zusammenarbeit mit Brandenburg – das sage ich zur Ehrenrettung von mir, ich habe vorhin ein bisschen Werbung für Berlin gemacht, das liegt aber in der Natur der Sache –: Es gibt ja bereits das regionale Transformationsnetzwerk Berlin-Brandenburg. Ich weiß nicht, ob Sie das hier schon mal besprochen haben. Da sind Berlin Partner, die IG Metall und andere involviert, und da geht es genau darum. Da denken wir die Metropolregion Berlin-Brandenburg zusammen. Ich würde das nicht weiter ausführen, aber einen Hinweis geben: Die Wasserstoffstrategie von Brandenburg ist angesprochen worden, und wenn wir dann wieder zu Siemens gucken, dann haben wir mit Siemens Energy einen Player in dieser Stadt, der zukünftig noch viel mehr machen könnte mit Blick auf den Ausbau von Wasserstoff, auf die Transformation der Turbinen usw., und das wäre – da würde ich mich Rüdiger anschließen – auch ein Punkt, wo es die politische Einflussnahme braucht zu sagen: Denkt doch mal drüber nach, ob das nicht eine gute Geschichte ist! –, weil wir zwar einen ersten Erfolg bei Siemens Energy haben, wir haben den Silyzer bekommen, aber die Skalierung lässt zu wünschen übrig, und am Ende geht es darum: Es braucht nicht 150 Arbeitsplätze, sondern deutlich mehr.

Wo steht die Berliner Industrie mit Blick auf den Umbau? – Es ist durchwachsen. Es gibt ganz viel Innovation, das teile ich absolut, ich sage aber auch deutlich – ich bin vorhin gelobt worden mit Blick auf Mercedes-Benz –: Diese Transformation war ein Ergebnis von Konflikt und Konzept, und zuerst gab es den Konflikt. Die konzeptionelle Ausführung – das war auch eine Frage von Frau Bozkurt – kam in großen Teilen aus der Belegschaft selbst, von den Ingenieuren mit guten Ideen, was man weit über YASA hinaus machen kann. Das war eine Komponente, die wir da jetzt haben. Deswegen ist es aber auch kein Widerspruch, dass wir einerseits als Sozialpartner hier sitzen und sagen, wir wollen die Industrie in Berlin stärken, und trotzdem manchmal unterschiedliche Auffassungen haben, wie innovativ und beweglich die einzelnen Konzerne sind. Wir sehen es ja am Beispiel Siemens. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich würde von Siemens eine ganz andere Strategie für diese Stadt erwarten. Ich würde als Siemens ganz viele Dinge hier machen und überhaupt nicht darüber nachdenken, nach China oder irgendwo anders hinzugehen, schon gar nicht unter den aktuellen politischen Bedingungen.

Ein Punkt ist auch entscheidend für das Verständnis: Was können Betriebsräte, was können Sie nicht? – Rüdiger Groß hat es gesagt: Er befindet sich schon im Interessenausgleich, im Sozialplan. Wenn du das machst als Betriebsrat, dann hast du in Teilen schon anerkannt, dass es einen Abbau gibt. Bei Mercedes-Benz haben wir genau das verweigert. Wir haben dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber gesagt, dass wir diese Verhandlungen nicht aufnehmen werden, sondern erst mal eine konzeptionelle Änderung erwarten, eine Idee, die diesen Standort voranbringt, und dann können wir darüber sprechen, wie viele Beschäftigte es gibt. Das ist, glaube ich, vielen draußen nicht so klar. Im Interessenausgleich bist du relativ schnell dabei, auch Dinge rauszugeben, wo – das will ich auch deutlich sagen – manchmal die Arbeitgeber

ganz froh sind, wenn wir den Druck aufbauen, weil sie viele von den Themen und den Beschäftigten auch nicht mehr zurückbekommen. Sie haben ja angesprochen, dass wir da mittlerweile einen irren Druck haben.

An die CDU-Fraktion – Sie haben ja meine Vorgänger gelobt – einfach einen schönen Gruß: Fragen Sie mal Herrn Wegner, wo wir stehen! Ich glaube, der wird Ihnen eine positive Antwort geben. Wir haben da einen guten Austausch und werden den auch fortführen.

Die Entwicklung in der Frage der Energie ist dramatisch, da gibt es keinen Zweifel. Das treibt uns alle um in den Betrieben. Ich habe es gerade heute wieder bei Mercedes besprochen. Das eine ist: Was macht das im großen Ganzen? – Ja, es kann sein, dass es zumindest noch mal eine Tendenz zur Verlagerung gibt, wobei ich den Eindruck habe, dass wir mit Blick auch auf den VME und den UVB durchaus gut aufgestellt sind. Meine Bitte wäre aber mit Blick auf die Stapelkrise: Wir haben die Diskussion zu Lieferketten und zur Energieversorgung schon vor zwei Jahren geführt. Ich sage Ihnen deutlich: Ich habe nicht die Wahrnehmung, dass da viel Umdenken passiert ist in Teilen, und das ärgert mich, denn es gibt jetzt keine Ausrede mehr. Corona war da, keiner wusste, was passiert, die Ukraine-Krise ist da, keiner wusste, was passiert, und ich frage mich schon: Was für Krisen brauchen wir noch, um zu verstehen – und das ist kein Protektionismus, das wissen Sie, die IG Metall steht dafür nicht –, dass wir uns da unabhängiger machen müssen, damit wir erfolgreich weiter produzieren können?

Und ein Punkt – davon bin ich tief überzeugt –: Die Berliner Industrie ist ein Schlüssel zu einer erfolgreichen sozial-ökologischen Transformation. Es wird ohne gar nicht gehen, weil Klimaneutralität usw. nur mit den besten Produkten aus Deutschland und aus Berlin entstehen kann, und das kann ich sagen als IG-Metall-Chef von Berlin, ohne dass mir da irgendwas abfällt. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Das Thema Kurzarbeit ist trotzdem eine Bedrohung. Wir können es gerade noch nicht richtig fassen, weil – dazu können Sie vom UVB wahrscheinlich viel mehr sagen – wir wiederum überrascht waren, wie wenig Kurzarbeit wir in der Coronakrise hatten. Wir sind gut durch die Krise gekommen als Berlin, das ist so, gleichzeitig waren wir aber immer bedroht davon. Also wir sind zum Teil sehr auf Sicht gefahren, deswegen ist erst mal zu begrüßen, dass die Regelungen da verlängert wurden. Ich kann es, Stand heute, gar nicht sagen. Es hängt sehr davon ab, wie versorgungssicher wir in den nächsten Wochen sein werden. Ich sage es noch mal: Eine sichere Energieversorgung – das ist das, was du, Jörg, auch gesagt hast; Ihr siezt euch hier, glaube ich, immer alle, aber IG-Metaller können das nicht und werden es auch nie können – bedeutet auch Unabhängigkeit und einen Ausbau. Wir haben ganz viele Sachen rausgegeben in den letzten Jahren, wo wir froh wären, wenn wir die heute hier hätten, ich nenne nur Photovoltaik usw., und ich bin froh – ich halte das für kein Hirngespinnst –, wenn selbst die Werksleiter von Mercedes und BMW sagen: Wir würden hier auch ein Windrad hinstellen und uns in Teilen unabhängig machen, aber – und das teile ich – wir haben keinen Bock auf ein Genehmigungsverfahren, das uns erst mal ein halbes Jahr kostet. – Das ist auch ein Teil der Wahrheit.

Also noch mal: Die Industrie ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen sozial-ökologischen Transformation. Ich glaube, da geht noch ganz viel in Berlin. Wir haben es vorhin gehört. Ich bin auch sehr dankbar für die Zahlen: Was hängt an jedem einzelnen Industriearbeitsplatz? –

Da geht noch ein bisschen was. Von daher noch mal vielen Dank, dass wir jetzt hier Stellung nehmen durften!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank! – Zum Abschluss Herr Weickert – bitte sehr!

**Sven Weickert (UVB):** Vielen Dank! – Ich möchte noch ein paar Zahlen zu Siemens Energy nennen, und, Herr Groß, ich zitiere da aus Ihrer Pressekonferenz, die Sie Mitte August abgehalten haben: Es geht in der Tat um 400 Arbeitsplätze, die verlagert werden sollen. Auf der anderen Seite aber werden 130 Millionen in Moabit investiert ins Wasserstoffgeschäft, die Elektrolysefertigung. Zuzüglich wird das Hauptquartier, also das Headquarter, ausgebaut und ein Schulungszentrum. In dem Bereich, den Sie vorhin angesprochen haben, diesem Blue-Portfolio-Bereich – Vakuum, Schaltröhren – arbeiten im Moment 250 Personen, und Sie freuen sich darüber, dass 900 Personen dort zukünftig arbeiten werden. Also es ist auch viel Licht bei dieser ganzen Sache. Das gehört auch mit dazu, wenn wir jetzt einzelbetriebliche Dinge hier miteinander besprechen.

Dann das Thema Energie: Natürlich ist der Preis im Moment der große Killer, und die Frage, wie diese Preisentwicklung zu stoppen ist, ist das, was jetzt alle umtreiben muss. Ich hatte es vorhin gesagt: Es geht im Moment nur – das kann nicht das Land entscheiden, aber mit der Bitte, dass das Land auf den Bund einwirkt – durch eine Ausweitung des Stromangebots, seien es die Kohlekraftwerke aus der Sicherheitsreserve oder die Kernkraftwerke. Das ist das Einzige, was in dieser Situation diese Preisspirale beendet. Die Versorgungssicherheit ist ein großes Thema. Wir hatten ja die Gasmangellage, die sich ein bisschen zu entspannen scheint, aber sie ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir sind da in sehr engem Kontakt mit den Netzbetreibern, auch mit unseren Unternehmen, die genau wissen, wie hoch der Schwellenwert ist, bis zu dem sie die Produktion mit reduzierter Gasleistung aufrechterhalten können, ohne Anlagenschäden zu riskieren. Da ist es aber wichtig, dass die Einsparungen, die jetzt schon erfolgt sind – das sind durchaus Größenordnungen –, auf mögliche Lieferreduzierungen entsprechend angerechnet werden. Das ist auch eine Forderung des BDI. Es ist gestern von Herrn Steinbach bestätigt worden, dass das auch auf Bundesebene berücksichtigt wird.

Das Thema PCK ist angesprochen worden. Das ist für uns ein ganz großes Thema, nicht nur energiepolitisch. Die Kraftstoffversorgung Nordostdeutschlands und Berlins hängt davon ab, aber eben auch die Bauindustrie, weil der allergrößte Teil des Bitumens interessanterweise in Schwedt produziert wird. Also das ist eine energiepolitische Sache, eine industriepolitisch wichtige Geschichte. Es geht da um die 1 200 Arbeitsplätze im Werk, aber auch um die 3 500 Beschäftigten, die im Industriepark arbeiten und unmittelbar und direkt von PCK abhängig sind. Wenn dieser Standort Probleme bekommt, dann ist das eine regionale, negative Entwicklung, die wir unbedingt verhindern müssen. Dass da ein Strukturwandel stattfinden muss, steht ja außer Frage, aber wir können in der Lausitz gerade besichtigen, in welchen Prozessen und Zeiträumen so was ablaufen muss und mit welchen Geldsummen das verbunden ist. Also auf PCK müssen wir sehr genau schauen, da ist die brandenburgische Landesregierung dabei, und auch mit der Bitte, hier in Berlin auf den Bund einzuwirken, dass es da zu einer schnellen Lösung kommt, denn der Bund ist da im Lead, das ist ganz klar.

Dann die Frage der Energieeinsparungen: Wir haben uns jetzt in der Tat, auch mit dem Herrn Senator, zu einem Energiesparbündnis verabredet, 10 Prozent plus X ist das Ziel. Es ist ja nicht so, dass die Unternehmen erst heute damit beginnen, über Energieeffizienz nachzuden-

ken. Uns haben Unternehmen gesagt: Wenn wir heute mehr als 10 Prozent Energie einsparen könnten, dann haben wir unsere Hausaufgaben in der Vergangenheit nicht gemacht, denn Energiekosten waren schon immer ein Thema. – Damit bekommt das jetzt einen besonderen Fokus und bedarf besonderer Anstrengungen, sei es Gebäude, Klima, seien es weitere Investitionen, auch in erneuerbare Energien, aber das ist nichts, wo Sie uns in diesem Kreis jetzt erst mal sagen müssen, dass Energie einzusparen ist. Also da ist die Industrie, da sind die Unternehmen schon dabei, aber an vielen Stellen sind die Energiesparpotenziale ausgereizt, und vor allen Dingen ist die Weitergabe dieser Kosten an Kunden kaum möglich an vielen Stellen. Das ist ein wichtiger Punkt.

Wir sind selber als Verband schon seit geraumer Zeit mit dem großen Thema Digitalisierung unterwegs. Für uns ist die Klimaneutralität ein Forum. Auf dem Weg zur Klimaneutralität geht es um die Frage des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks in Scope 1 bis Scope 3, die Frage der Energieeffizienz und die Frage des Einsatzes erneuerbarer Energien mit den ganzen Genehmigungsverfahren und den überhaupt im Moment verfügbaren Anlagen und Beschäftigten, die das einsetzen können. Das ist ein ganz zentraler Punkt, an dem wir arbeiten. Aber ich bleibe dabei: Nachhaltigkeit hat drei Kriterien, und die ökonomische Basis ist ein ganz entscheidendes Kriterium. Wir sind doch im nationalen und internationalen Wettbewerb. Wir brauchen ein Level-Playing-Field, gleiche Rahmenbedingungen. Wir können es uns nicht erlauben, hier zehnmal höhere Energiepreise als in China oder den USA zu haben. Da sind wir mit unserer international ausgerichteten, exportorientierten Industrie weg vom Fenster. Man muss sicher darüber streiten, welche Bedeutung die einzelnen Punkte haben, aber ich bleibe dabei: Wir brauchen einen ökologischen Umbau, gar keine Frage, Klimaneutralität, das Thema soziale Standards ist auch ein ganz zentrales, aber es geht nicht ohne die ökonomische Basis. Da kann und muss man auch gerne streiten, aber ich habe das Gefühl, dass man sich da insgesamt auch annähert.

Der letzte Punkt: Ich glaube nicht, dass die gesamte Berliner Bevölkerung den Masterplan Industrie kennen muss. Dass Herr Dobra und Herr Schramm ihn kennen, auch mitarbeiten und ihn umsetzen, ist sehr gut. Wichtig finde ich, dass die anderen beteiligten Ressorts diesen Masterplan kennen und ihn mittragen, denn der Hinweis darauf, dass es ein ressortübergreifendes Papier ist, ist ja ein wichtiger. Das Bildungsressort: Wir brauchen ein Schulsystem, aus dem Nachwuchs kommt, der der digitalisierten Arbeitswelt gewachsen ist. Wir hängen bei Digitalisierung und Schulqualität. Wir müssen Industrie- und Gewerbeflächen sichern. Im Moment verschärft sich der Konkurrenzkampf zwischen Gewerbe- und Wohnbebauung massiv – Ressort Stadtentwicklung. Thema Verkehr: Der Wirtschaftsverkehr muss funktionieren. Das entsprechende Kapitel im Mobilitätsgesetz ist immer noch nicht verabschiedet. Also da sind auch ein paar Hausaufgaben im Abgeordnetenhaus zu erledigen, um die Rahmenbedingungen, über die wir hier reden, sicherzustellen. Dass das alles eine gemeinsame Anstrengung ist, auch mit uns, das steht ja außer Frage, aber wir müssen über den richtigen Weg streiten – keine Frage. Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank auch an Sie! – Herr Groß, Sie hatten sich gemeldet. Sie wollten eine Ergänzung machen. – Bitte!

**Rüdiger Groß** (Gesamtbetriebsrat Siemens Energy Global): Ich wollte mich für die Hilfe von Herrn Weickert bedanken, weil er gesagt hat, dass 60 Millionen Euro in die Silyzer investiert werden. Das ist das andere Werk. Wir haben zwei Werke von der Siemens Energy. Da müs-

sen 750 gehen, und die 60 Millionen sind für 120. Das heißt, dazwischen ist eine Lücke. Aber wenn das Licht und Schatten ist, dann ist es natürlich richtig dargestellt.

Das andere mit den 900 Arbeitsplätzen, was er gesagt hat – das habe ich tatsächlich gesagt, weil ich hoffte, dass die Firma die 413 in die 900 rüberbringt, denn die 900 sollen entstehen. Tatsächlich ist da Licht, aber wir haben den Schatten nach China, statt aus Schatten Licht zu machen im eigenen Laden. Das war damit gemeint. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, dass Sie das noch mal präzisiert haben! – Herr Otto! Sie wollten auch noch etwas dazu sagen? – Bitte sehr!

**Jan Otto (IG Metall):** Ich will mich jetzt nicht streiten, aber an dem Punkt die Klarstellung machen. Erstens – Herr Groß hat es gesagt –: Man darf es nicht miteinander vermischen. Die Skalierung vom Silyzer wäre schön, wenn sie in dem Volumen passieren würde. Da brauchen wir nicht 150, sondern eigentlich 1 000 und mehr. Vielleicht ist das genau der Punkt, um auch noch mal die Trennung klarzumachen. Ja, die Berliner Industrie muss nach vorne, muss mehr werden, viel größer, kein Zweifel, aber es gibt auch eine Verantwortung in der sozial-ökologischen Transformation, und ich bin immer überrascht – im Übrigen war ich es auch im Pressegespräch –, wie wenig Aufruhr es gab, dass da ein deutscher Konzern nach China verlagert. Ich finde, das geht in der jetzigen Zeit überhaupt nicht. – Herr Stroedter, Sie haben es vorhin angesprochen. – Da droht vielleicht einiges, und das ist einfach nicht schick. Ich glaube, es ist ein Widerspruch, den wir haben. Ich mache es an Mercedes fest. Ob Mercedes in diesem Jahr wieder 19 Milliarden oder 12 Milliarden Gewinn macht – dafür habe ich dann wenig Verständnis, denn, ja, die sozial-ökologische Transformation wird Geld kosten. Recht gebe ich Ihnen in der Frage, dass wir, wo es geht, gleiche Wettbewerbsbedingungen brauchen, da gibt es keinen Zweifel, aber – das haben Sie vielleicht auch ein bisschen erwartet, wenn Sie die IG Metall und die Verbände hier haben – wir haben eine andere Haltung dazu, denn wenn ich sage, die Industrie ist der Schlüssel für die Transformation, dann lebt die Industrie von den Beschäftigten, und die müssen Sie mitnehmen, die brauchen Sie am Ende. – Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Otto! – Dann hat sich Herr Czaja gemeldet.

**Sebastian Czaja (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hätte noch ein, zwei Bemerkungen und eine Frage in dem Zusammenhang. Vielen Dank für die umfassenden Ausführungen, die Sie heute gemacht haben! Mein Kollege hat vorhin das Thema Wertschöpfungsketten angesprochen, insbesondere nachdem Sie, Herr Otto, noch mal deutlich gemacht haben, was gezielter an Ansiedlungspolitik gemacht werden könnte, wenn wir uns Wertschöpfungsketten anschauen. Das ist genau der Punkt, Herr Senator Schwarz, der uns wichtig ist in dieser Frage. Das ist jetzt nicht mit der Erfolgsbilanz von heute, die Berlin Partner hat, zu vergleichen und zu sagen, da ist ganz viel passiert, und da passiert ganz viel, denn wenn man sich den Bericht anschaut, dann muss man auch festhalten, dass da nur Cluster abgebildet sind und dass wir keine konkrete Auskunft über Industrieansiedlung haben. Das, was wir eigentlich gern festhalten würden aus dem Beitrag von Herrn Otto, ist, deutlich zu machen, dass wir eine aktive Ansiedlungspolitik in der Frage der Wertschöpfungsketten machen müssen. Unser Eindruck ist, dass wir hier in Berlin an vielen Stellen – wir wollen die Stadt nicht schlechttreten, da sind wir sehr an Ihrer Seite – doch eher reaktiv aufgestellt sind mit Blick auf die Gesamtentwicklung.

Ich will das an einem weiteren Punkt festmachen. Wir haben auch über das Thema Abwärme von Rechenzentren beispielsweise gesprochen. Wir würden gern sehen, dass es eine solche Strategie für die Metropolregion Berlin-Brandenburg gibt. Eine Region-Cloud für die Region, wie sie Unternehmen machen könnten und wollten, erfordert Kapazität im Sinne von Platz, Flächenausweisung im Sinne von Möglichkeiten, die man dann auch in Berlin schafft und damit dem auch gerecht wird. Diesen Punkt hätten wir auch gern stärker heute diskutiert, dazu würde uns Ihre Meinung interessieren.

Der dritte Punkt, der uns in dieser Debatte wichtig wäre, ist der Bürokratieabbau und die Genehmigungsbeschleunigung. Sie haben eben so eindrucksvoll gesagt, sie lassen das einfach mit dem Windrad, denn es dauert zu lange – Ende. Ich glaube, auch das muss ein klares Learning sein, nach vorne gerichtet, dass wir an diesen Stellen wesentlich schneller werden und jetzt auch eine viel fokussiertere Berliner Verwaltung an der Stelle brauchen, im Zweifel auch mal mit Amtshilfe aus anderen Verwaltungen zu arbeiten, damit der klare Fokus an dieser Stelle auch entsprechend hinterlegt ist.

Zum Schluss habe ich fast eine gemeinsame Frage, die nicht mit Jörg Stroedter abgesprochen ist. Herr Senator Schwarz! Erklären Sie uns doch mal, wieso der Flughafen BER als Standortvorteil nicht in diesem Bericht auftaucht und keinerlei Erwähnung findet. Wir halten ihn schon für eine relevante Drehscheibe. Er findet leider keine Berücksichtigung. Da wir alle miteinander so dafür gekämpft haben, dass das eine echte Erfolgsbilanz wird, würden wir ihn auch gerne hier an dieser Stelle gewürdigt wissen.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege Czaja!

**Jörg Stroedter (SPD):** Ich würde auch gern noch mal auf das, was Herr Otto gesagt hat, eingehen – vielleicht können Sie das in Ihre Antwort, Herr Senator, miteinfließen lassen. Wir haben erst Corona gehabt, und wir haben jetzt das Energiethema. Beides hat gezeigt, dass dieses ganze System – Herr Otto hat es sehr plastisch an dem Beispiel Mercedes zum Ausdruck gebracht –, dieses Verlagern von Dingen in andere Bereiche dazu geführt hat, dass hier nicht nur die Arbeitsplätze unter Druck geraten, sondern wir insgesamt in eine extreme Abhängigkeitssituation geraten. Ist jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen – – Die Börse spielt da immer eine große Rolle, das ist ja immer die Dauerbegründung, warum man das machen muss: Damit der Kurs besser wird! – Der Kurs ist übrigens trotzdem häufig nicht besser geworden, auch bei solchen Dingen, das gehört zur Wahrheit auch dazu. Was macht der Berliner Senat? Wie ist Ihre Position? Sie sind ja auch als ehemaliger Handwerkskammerpräsident sehr verbunden mit den kleinen und mittleren Betrieben. Was machen wir jetzt, um unsere Lehren daraus zu ziehen, wie wir weiter Arbeitsplätze in der Stadt halten und sichern können?

Dieses dauernde Outsourcing – nicht, was wir unter Outsourcing verstehen – in andere Länder, andere Staaten, wo das Lohnniveau anders ist – das war ja eine Begründung – – Wie können wir in dem Zusammenhang – das hängt für mich immer zusammen – erreichen, dass das Förderungssystem so gestaffelt ist, dass nicht Förderung hier abgegriffen wird, um sich anschließend, wenn die Förderung zu Ende ist – da gibt es viele Beispiele –, woanders anzusiedeln, um Kosten einzusparen? Die IG Metall hat da eine enorm wichtige Rolle und viele Dinge angesprochen, aber wir sind doch nach den beiden Krisen jetzt – die zweite läuft ja massiv, und die erste ist nicht zu Ende – an einem Punkt angekommen, wo wir einfach mal

darüber nachdenken müssen, welche Vorschläge auch wir als Berliner Senat und Berliner Abgeordnetenhaus machen können, um da Veränderungen herbeizuführen. Es gab ja mal die These: Die Globalisierung ist durch nichts aufzuhalten. – Ich stelle die These infrage. Man muss auch mal darüber nachdenken, ob nicht Dinge eingetreten sind, die inzwischen so extrem sind – – Das zeigt sich nicht nur an dem Beispiel Gas, das ist das aktuelle. Wir sind abhängig von russischem Gas, das muss sich ändern. Aber das ist nur eine Baustelle, wir haben in der Frage viele Baustellen. Das Thema Chips ist ein großes Thema. Wenn man mit der Autoindustrie spricht, weiß man, was das bedeutet, was für Lieferzeiten dahinterstehen, und das kann man auf viele andere Bereiche übertragen.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Jetzt haben wir noch die Wortmeldung von Herrn Wapler von den Grünen. – Bitte sehr!

**Christoph Wapler (GRÜNE):** Ich habe auch noch eine Frage an den Senat, weil der Senator ja doch noch da ist, wie ich mit Freude sehe. Wir haben ja viel über Klimaschutzprogramme gesprochen. Berlin hat ja die Klimaziele, und es gibt auch ein Klimaschutzkonzept BEK 2030. Dort sind konkrete Einsparziele verabredet, und das Handlungsfeld Wirtschaft ist dezidiert dabei. Der Senator ist auch Mitglied im Klimakabinett. Da ist mir auch der Masterplan noch ein bisschen zu unkonkret. BEK 2030 wird als Anknüpfungspunkt genannt. Da ist dann auch von Ressourcen, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und vom klimaneutralen Industriestandort die Rede. Die Frage ist: Wie funktioniert einerseits das Monitoring, also wie wird überwacht, wie die Betriebe ihre Einsparziele erbringen – es gibt ja die Berichtspflicht, das ist richtig gesagt worden; die trifft in Zukunft mehr und kleinere Unternehmen –, und wie sieht dann andererseits eventuell das Nachsteuern aus, wenn diese Klimaziele vielleicht nicht ganz erreicht werden sollten?

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Kollege! – Herr Otto, dazu? – [Jan Otto (IG Metall): Herr Otto muss gehen!] – Sie wollen gehen. Alles klar! Ich bedanke mich bei Ihnen. – Herr Schwarz, bitte, zur Beantwortung!

**Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe):** Ich fange mal mit dem Abgeordneten Czaja an. Mich freut es natürlich, dass Sie auch registrieren, dass wir so viele Ansiedlungserfolge hier in Berlin haben. Ich glaube, wir alle wollen den Wirtschaftsstandort nicht schlechter reden, als er ist. Er ist in vielen Kennzahlen besser als jedes andere Bundesland. Schön, wenn Sie das auch so sehen! Was die konkreten Ziele von Berlin Partner anbelangt: Vieles ist ja entlang der gemeinsamen Clusterstrategie mit Brandenburg entwickelt worden. Ich hatte es vorhin genannt: Ein Schwerpunkt jetzt bei den Erweiterungsinvestitionen und Ansiedlungen war zum Beispiel das Cluster Photonik und Optik. Das ist ein wichtiger Punkt, wo wir auch mit Brandenburg zusammenzuarbeiten. Man kann die Sachen immer besser machen, aber ich glaube, dass Berlin Partner als Wirtschaftsförderung im Hinblick auf industrielle Ansiedlung und Erweiterung schon sehr gut aufgestellt ist – übrigens auch im Hinblick auf KMU, was Herr Misgeld vorhin genannt hat. Da läuft eine sehr enge Zusammenarbeit auch mit Handwerksunternehmen, um ihnen attraktive Investitionsbedingungen hier in der Stadt und Unterstützung bei Fördermaßnahmen usw. zu geben. Ich glaube, Herr Wolf weiß das alles noch ganz gut aus seiner Berlin-Partner-Zeit.

Was das Thema Flughafen anbelangt, da rennen Sie offene Türen bei mir ein, Herr Czaja! Natürlich hoffen wir sehr, dass der Flughafen sich zu einem noch stärkeren Faktor für den

Wirtschaftsstandort entwickelt. Sie wissen, dass es jetzt in der Coronazeit nach dem Anlaufen sehr schwer gewesen ist für den BER. Was uns hier fehlt, sind insbesondere internationale Verbindungen, um den Standort interessant zu halten, Stichwort: Asien. Da wünschen wir uns natürlich ganz viel Unterstützung vom Bundesverkehrsministerium. Die Berliner Wirtschaft und auch der Senat haben den Eindruck, dass da nicht die Unterstützung für Berlin kommt, die wir uns wünschen, insbesondere was die Flugrechte angeht. Emirates war, glaube ich, anlässlich der ILA sehr enttäuscht, dass da keine guten Signale aus dem Bundesverkehrsministerium gekommen sind. Also ich würde mich freuen, wenn da auch erkannt wird, dass dieser Flughafen insbesondere im Hinblick auf internationale Verbindungen eine ganz wichtige Rolle spielt, die dann auch einzufließen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Berlin.

Was Siemens Energy angeht: Ich bin ja da auch im Gespräch mit der Werksleitung und der Standortleitung und war es vor Kurzem auch mit einem der Vorstände von Siemens Energy. Ich glaube, so bitter das jetzt ist – und ich hoffe auch, dass man da eine gute Lösung findet; Herr Groß, Sie haben mich da an Ihrer Seite –, aber was wir hier zum Beispiel bei Siemens Energy, aber auch bei Mercedes-Benz sehen, ist, dass diese Unternehmen ganz wichtige Treiber für die Transformation in dieser Stadt sind. Bei Siemens Energy ist das Thema Wasserstoff eines der Megathemen, die auch für Berlin von großer Wichtigkeit sein werden, und die Elektrolyseurfertigung, aber auch das Thema Transformation bei Turbinen sind ein wichtiges Thema. Viele machen sich das gar nicht so bewusst: Einer von vier Innovationsstandorten von Siemens Energy auf der Welt ist hier in Berlin. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Das zeigt, wie interessant und attraktiv der Standort für neue Investitionen von Industrieunternehmen durch die Nähe zu Wissenschaft und die Verfügbarkeit von guten Fachkräften ist. Ich glaube, so was müssen wir sehen und weiterentwickeln.

Mercedes Benz ist auch voll in der Transformation. Im Grunde genommen wird alles, was mit innovativer Technologie weltweit bei Mercedes Benz digital zusammenhängt, hier aus Berlin heraus betrieben. Ich glaube, man muss einfach anerkennen, dass wir hier wirklich brillante Industrieunternehmen haben, die ganz weit vorne sind.

Damit komme ich jetzt noch mal zu dem Punkt, den wir auch diskutiert haben, Stichwort Globalisierung. Berlin profitiert ganz stark von der Globalisierung. Wir sind von einem Standort, der in den Neunzigerjahren bis Anfang der Zweitausenderjahre eher von Dienstleistungen geprägt war, zu einem starken internationalen Player geworden. Das ist auch das, was uns Wachstum hier in der Stadt beschert. Ich warne sehr davor, die Globalisierung infrage zu stellen. Was man sehr wohl machen muss, ist, die Lieferketten zu diversifizieren. Ich glaube, auch das, was vorhin von Herrn Otto und auch von Herrn Groß angesprochen worden ist, ist wichtig, nämlich noch mal genau hinzuschauen: Stimmen die so? Stimmen die Abhängigkeiten, die wir von einzelnen Ländern haben? Stimmt der politische, aber auch der klimapolitische Preis, den wir für bestimmte Lieferketten zu zahlen haben? Passt der noch? – Das passiert aber gerade, glaube ich. Das erlebe ich gerade bei vielen Unternehmen, dass sie diese Arbeitsteilung partiell noch mal infrage stellen, Stichwort Single Sourcing. Dass es nicht richtig ist, sich einfach mal die billigste Einkaufsquelle auf der Welt zu suchen und nicht die damit verbundenen Kosten in Rechnung zu stellen, merken jetzt viele, glaube ich, ausgelöst durch die Krise. Es gibt also viel Korrektur. Aber ich würde sagen, wir sollten uns nicht von unserem internationalen Geschäft und den internationalen Handelsbeziehungen verabschieden, denn davon profitiert Berlin enorm.

Das Thema BEK hatten Sie angesprochen. Das wird gerade unter der Federführung meiner Kollegin Jarasch überarbeitet. Wir bringen uns da natürlich auch mit ein. Es ist klar, dass die Wirtschaft – dazu soll auch die Transformationsaufgabe im MPI einen Beitrag leisten – eine wichtige Rolle spielen wird, was das Erreichen der ehrgeizigen Ziele betrifft. Ich glaube, auch das ist ein Wettbewerbsvorteil für Berlin, wenn wir hier vorne sind. Bei vielen Themen, zum Beispiel der Energieeffizienz, sind wir vorne. In den letzten Jahren ist da sehr viel passiert. Im Bund-Länder-Ausschuss werden immer die Emissionen – das war Ihre Frage – gemonitort, auch der Energieverbrauch, Treibhausgase und CO<sub>2</sub>-Emissionen. Da ist es wirklich immer interessant zu sehen, dass Berlin in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten gehabt hat, seinen Energieverbrauch aber gesenkt hat. Ich glaube, da spielen wir eine Vorbildrolle. Nach allem, was wir jetzt im Rahmen der Energiekrise gelernt haben, ist Berlin sehr sparsam mit Energie. Da ist noch Potenzial, das will ich gar nicht leugnen, damit auch verbunden im CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Ich glaube, wir haben große Fortschritte gemacht und sollten genau da anknüpfen und weitermachen. Wir sind von allen Bundesländern das beste.

**Vorsitzender Jörg Stroedter:** Vielen Dank, Herr Senator! – Dann machen wir an der Stelle mal einen Punkt. Wir haben jetzt dank Herrn Gräffs Zusage die Tagesordnungspunkte 4 und 5 besprochen. Vielen Dank noch mal dafür! Wir würden dann die beiden Punkte – Herr Gräff, sicherlich in Ihrem Sinne – vertagen, bis das Wortprotokoll zur Verfügung steht, und dann weitere Entscheidungen treffen.

Dann darf ich mich bei den Anzuhörenden, Herrn Groß, Herrn Misgeld, Herrn Otto und Herrn Weickert, bedanken, dass Sie heute hier bei uns waren und uns zur Debatte zur Verfügung standen. Vielen Dank, gute weitere Termine, und im Sinne der Stadt weiter eine erfolgreiche Tätigkeit! – Dann wären die Tagesordnungspunkte 4 und 5 – alt – abgeschlossen.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.